

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.— M., bei direktem Postbezugs monatlich 4.46 M., bei Zustellung unter Strichband für Deutschland 6.80 M., für Ausland 1.20 M. per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III, Fernsprecher: Amt Norden 2893 und 2896.

Inserate sollen die achtspaltige Kompositionseile oder deren Raum 1,20 M., Wortanzeigen das selbige Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Centungszuschlag 10 Proz. Bei Familien- u. Veranlagungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Insetate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Anzeraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9768

STREIF

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die französischen Sozialisten gegen den Gewaltfrieden.

Versailles, 3. Oktober.

Aus der gestrigen Debatte der französischen Kammer über die Ratifizierung des Friedensvertrages verdient die Erklärung hervorgehoben zu werden, die der Abgeordnete Ernest Lafont im Namen der sozialistischen Kammerfraktion verlas. In dieser heißt es unter anderem: Mittel- und Osteuropa bleiben die großen Unbekannten von morgen. Eine Unterschrift, die von allergrößter Bedeutung sei, fehle unter dem Vertrag: diejenige Rußlands. Ohne Rußland sei es nicht möglich, das Gleichgewicht Europas wiederherzustellen und für längere Zeit über das Schicksal von Europa und Asien zu verfügen. Vor den Toren von Ost-Lothringen sei das Saargebiet vergewaltigt worden. Unter dem Vorwand, daß das französische industrielle Leben ohne die erforderlichen Kohlen vernichtet werde, beraube man sechs- bis siebenhunderttausend deutsche Bürger ihrer politischen Rechte und schaffe so eine neue Quelle von Reibungen, die für Frankreich nur unangenehme Folgen haben könnten. Durch die Aufteilung der deutschen Kolonien, die unter dem Deckmantel eines Mandats des Völkerbundes vollzogen werde, beraube man Deutschland kostbarer Abzugsquellen und unumgänglich nötiger Rohstoffbezugsquellen, und zwar in demselben Augenblick, in dem man alle finanziellen Hoffnungen des Friedensvertrages auf die Entfaltung

seines materiellen Aufschwunges setze. Das sei ein schlechtes Geschäft und eine schlechte Handlung zugleich.

Zum Schluß drückt die sozialistische Kammerfraktion ihre Bedenken über den Geist aus, in dem die chaotischen und schmerzlichen Anstrengungen, die die Demokratie und der Sozialismus in Deutschland und Rußland machten, um sich von den Fesseln der Vergangenheit zu befreien, in den alliierten Ländern aufgenommen würden. Es sei zu befürchten, daß die gegenwärtige Politik dazu führen werde, überall die Reaktion zu stärken. Daher müsse die sozialistische Kammerfraktion den bürgerlichen Parteien die volle Verantwortung für den Friedensvertrag überlassen.

Paris, 3. Oktober (Gavad).

Die 53 Deputierten, die gegen den Friedensvertrag stimmten, umfassen 49 Sozialisten und vier Mitglieder der verschiedenen Gruppen: Franklin Bouillon, Bergeon, Sozialistisch-Radikale, Lucien Dumont (unabhängiger Sozialist) und Maria (Progressist). 78 Deputierte haben sich der Stimmentrage enthalten, darunter 33 Sozialisten, 5 republikanische Sozialisten, 18 Sozialistisch-Radikale, 2 unabhängige, 8 republikanische verschiedener Gruppen, vier Radikale und drei Konservative, 20 Deputierte waren wegen Urlaub abwesend.

Der englische Eisenbahnerstreik.

Der Generalstreik der englischen Eisenbahner wird von der Arbeiterchaft der ganzen Welt mit Spannung verfolgt. „Het Volk“, unser holländisches Parteiblatt, widmet dem Kampf einen bemerkenswerten Artikel, in dem es heißt:

„Mit dieser Arbeitseinstellung, der ersten großen politischen Tat der englischen Arbeiter nach dem Krieg, beginnt vielleicht die durch vielerlei Zeichen angekündigte Reihe von Taten des Proletariats in den Entente-Ländern, der die übrige Welt, teils mit Hoffnung, teils mit Furcht entgegensteht. Jede Arbeiterklasse kämpft, wenn sie zur Kampfsähigkeit erwacht ist, zu ihrer Zeit und mit ihren eigenen Mitteln. Aber um die großen Umwandlungen in Ost- und Mitteleuropa zu retten und zu einem guten Ende zu bringen, um den Kapitalismus zu bezwingen und den Völkern Frieden und Wohlfahrt zu geben, ist es dringend nötig, daß sich in England und Frankreich die Klassenbewußten Arbeiter bald mit all ihrer Kraft zur Geltung bringen. Jedes Zeichen, das dies ankündigt, wird deshalb mit inniger Freude begrüßt. Und mehr als frühere Erscheinungen wird sicherlich die Kunde von dem Eisenbahnerstreik auf die Gefühle des internationalen Proletariats wirken. Es wird mit und diesen neuen Teil seines eigenen Kampfes mit seinen herzlichsten Wünschen und dem Ausdruck seines unerschütterlichen Vertrauens folgen.“

„Het Volk“ irrt. Nicht überall beim Proletariat wird der Kampf der englischen Bergarbeiter mit „inniger Freude“ und „herzlichsten Wünschen“ verfolgt. Insbesondere beim „Vorwärts“ nicht. In seiner gestrigen Abendausgabe bringt er unter der großen Überschrift: „Der englische Eisenbahnerstreik verloren“, eine eigene Meldung aus Kopenhagen, daß eine gütliche Beilegung in Aussicht stehe, und fügt einige Sätze hinzu, die deutlich erkennen lassen, daß er von der Freude, daß das englische Proletariat zum Klassenbewußtsein erwacht ist, ganz frei ist. So zeigen auch die deutschen Rechtssozialisten bei dieser Gelegenheit, daß sie längst aufgehört haben, den Klassenkampf des internationalen Proletariats zu wünschen oder zu fördern. Ueber den Stand des Streiks liegen folgende Meldungen vor:

London, 2. Oktober. (Reuter.)

Infolge der nichtformellen Unterredung zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Ballungsbeauftragten der Eisenbahner wird die Streiklage hoffnungsvoller angesehen. Die Schwierigkeit besteht augenblicklich in der Festsetzung einer Formel, nach der die formellen Verhandlungen wieder aufgenommen werden können. Die Führer der Eisenbahner bleiben

dabei, daß es unmöglich sei, die allgemeine Wiederaufnahme der Arbeit zu bewirken, ohne daß vorher Zusicherungen bezüglich der Löhne gegeben werden.

London, 3. Oktober.

Lord George hat vier Stunden lang mit dem Vorstand des Eisenbahnerverbandes und dem des Transportarbeiterverbandes verhandelt. Als die Konferenz um 8 1/2 Uhr abends aufgehoben wurde, war noch kein Ergebnis erzielt. Die Besprechungen werden heute wieder aufgenommen.

Die neuen Minister.

Berlin, 3. Oktober.

W. T. W. meldet: Auf Vorschlag des Reichskanzlers hat der Reichspräsident auf Grund des Artikels 53 der Verfassung den Abgeordneten Reichsminister a. D. Schiffer zum Reichsminister der Justiz, den Abgeordneten Oberbürgermeister Koch (Gassel) zum Reichsminister des Innern berufen, und Minister Schiffer zugleich mit der Vertretung des Reichskanzlers betraut. Die Besetzung des neu zu bildenden Ministeriums für Wiederaufbau wird voraussichtlich schon in den nächsten Tagen erfolgen. Minister David wird der Reichsregierung als Minister ohne Portfeuille angehören.

Diese Meldung bringt weder noch der sachlichen noch nach der persönlichen Seite eine Ueberraskung. Die Namen der neuen Minister standen schon seit einigen Tagen fest, der Kuhhandel konnte nur deshalb nicht schneller zum Abschluß gebracht werden, weil die Demokraten bestimmte Zusicherungen haben wollten, daß Zentrum und Rechtssozialisten ihre Wünsche befriedigen würden. Die „Frankfurter Zeitung“, die sich in ihrer Abendausgabe vom Donnerstag mit der Regierungsbildung beschäftigt, kündigt an, daß die Bedingungen der Demokraten der Öffentlichkeit mitgeteilt werden, sobald das neue Kabinett fertig ist und der Volksvertretung sich vorstellt. Das Blatt meint, daß die Demokraten nicht Oppositionspartei sein könnten, denn sie seien für den bisherigen Aufbau bereits wesentlich mitverantwortlich. Das Blatt trifft damit den Kern unserer politischen Verhältnisse. Der Aufbau, das heißt die Wiederaufrichtung der Herrschaft des Kapitals, hat sich bisher völlig nach den Wünschen der Demokraten vollzogen, deshalb fällt für sie auch jeder Grund fort, in Opposition zu einer Regierungsmethode zu stehen, die ganz den kapitalistischen Forderungen entspricht. Als erste Frucht der demokratischen Ansprüche wird bereits die weitere Verschlechterung des ohnehin grundidechten Betriebsregimes angekündigt. Die Erfüllung der sonstigen Bedingungen der Demokraten wird sich auf der Linie der Feindschaft gegenüber den Forderungen der Arbeiterklasse bewegen.

Die obererschlesische Frage.

Von Friedrich Kaminsky.

Mit der zeitlichen Verschiebung der Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens wächst die Größe dieses Problems; besonders infolge seines Zusammenhanges mit der Kohlenversorgung nimmt die obererschlesische Frage immer mehr an Wichtigkeit zu. Und um gleich eins vorauszunehmen, die Tatsache, daß durch die Sicherstellung der staatlichen Selbstständigkeit Oberschlesiens auch die Interessen der Industrie-Arbeiterschaft gewahrt sind, ist noch lange nicht gegeben. Wenn aber trotz des Aufschubes die obererschlesische Frage jetzt allgemein erörtert wird, so liegt das daran, daß sich allem Anschein nach Zentrum, Deutschnationale und auch weite Kreise der Großindustrie darin einig sind, Oberschlesien zu einem selbstständigen Staate zu machen. Viele Zeichen deuten auf diese Lösung hin. So hat sich z. B. die Freie Vereinigung zum Schutze Oberschlesiens aufgelöst, eine Propaganda-Zentrale, die unter Auswendung großer Geldmittel für das Verbleiben Oberschlesiens bei Deutschland eintrat.

Wie stehen nun die Aussichten für die staatliche Autonomie, von der die Wünsche der obererschlesischen Bevölkerung aus betrachtet? Da muß man gleich von vornherein sagen: der größte Teil des Mittelstandes und der Intelligenz in Oberschlesien ist für den Plan der staatlichen Autonomie. Die Bedeutung des obererschlesischen Mittelstandes ging immer weiter zurück, weil er durch das Anwachsen der Großindustrie und seiner oberen Beamtenschaft in sozialer Beziehung ins Hintertreffen geriet. Wenn sich also der Mittelstand, die kleine Bourgeoisie an den Gedanken eines freien Oberschlesiens heranreißt, so ist das nichts weiter als eine romantische Anschauungsweise, die an die Stelle der Erkenntnis über die wahre wirtschaftliche Lage getreten ist. Soziale Nöte treiben in Wirklichkeit den Kleinbürger in Oberschlesien zur Freistaaterei. Man kann das verstehen, ohne deshalb den Glauben zu teilen, daß es dem Mittelstand in einem selbstständigen Staate besser als bisher gehen würde.

Dieser liegen die Gründe schon bei der obererschlesischen Intelligenz, die, so scheint es, den Traum des „Freistaates“ mit vollen Händen auskosten will. Man muß das menschlich zu verstehen suchen, um zu erkennen, welche Tragödie sich in Oberschlesien zu vollziehen beginnt, wie viel guter Wille an eine wahnsinnig schwere und dazu völlig unnütze Aufgabe verstreut wird. Schon jetzt ist viel Blut geflossen, die endgültige Lösung wird durch das Hinzukommen einer neuen Gruppe von nationalen Parteien (bisher deutsche Parteien, polnische Parteien, jetzt noch obererschlesische Nationalisten) noch um ein Gewaltiges erschwert werden. Die Sympathien der Intelligenz, die in dem industriell hochentwickeltesten Gebiet und infolge der Zweisprachigkeit ziemlich breit und tief geschichtet ist, sind leicht auf die staatliche Autonomie hinzulenken. Es ist unleugbar, daß das zweisprachige Oberschlesien durch seine geschäftliche Entwicklung eine ganz eigenartige Kultur besitzt, die in ihrer Ausprägung immer deutlicher wurde, je mehr der volkswirtschaftliche und technisch-industrielle Wert des Landes zu seinem prohartigen Aufbau beitrug. Bis tief in die Urgeschichte des Landes hinein läßt sich der Gedanke eines politischen Schlesiens sowohl von Böhmen und Polen abgesetzten Oberschlesiens hinein verfolgen. Lange blieb dann Oberschlesien mit Schlesien und Böhmen zusammen eine Einheit. Während der Reformation gravitierte es abweisend zu Ungarn oder Böhmen, zu Polen weniger. Mit dem jetzigen Tschechen Gebiet (Sudetenland, bisher österreichisch), war es bis zur Eroberung durch Friedrich dem Großen politisch vereint. Andererseits gehörte kirchlich ein Teil des Landes fast ein Jahrtausend lang nicht zu Breslau, sondern zu Krakau. Diese an und für sich gleichgültigen geschichtlichen Reminiszenzen prägen sich aber deutlich wahrnehmbar in Eigenart, Psychologie und Kulturaufbau der obererschlesischen Bevölkerung aus. Dieses fast unvorstellbar seine Anklingen früherer Gravitation nach Süden, diese ideell gewiß nicht verlorene Seelenverwandtschaft mit dem österreichischen Deutschen, kurz diese kulturelle Eigenart ist mit ein Stolz des an seiner Heimat hängenden Oberschlesiens. Darauf ruht die Intelligenz. Aus dieser kulturellen Eigenart hat aber auch das Zentrum, das ja immer ein guter Nutznießer derartiger Stimmungen war, ein politisches Geschäft gemacht. Nach einem halben Jahr werden es die Spaten auf jedem Tag schreien: das Zentrum im Osten hat es schlauer eingerichtet gewußt als sein Vetter im Rheinland.

Mit der Stellungnahme des Arbeiters in Oberschlesien zum Autonomiegedanken verschiebt sich nun sofort das ganze Bild. Er lebte vor dem Kriege in zu gedrückten Verhältnissen, als daß er sich einer kulturellen Eigenart hätte bewußt werden können. Für ihn, dem politisch und wirtschaftlich Bedrängten, gab es nur größere Kost, und die sich ihm zu durch die nationalitistische Agitation und durch

Die Einführung in das Wesen des Massenkampfes. Die... die neue Weltmacht, die in einem oberirdischen Frei-

So wartet einer auf den andern, und inwieweit wächst das oberirdische Problem zu einer immer schwierigeren...

Die Krise im Baltikum.

Ein Aufruf der Reichsregierung.

Berlin, 3. Oktober.

Die Reichsregierung hat an die Reichsdeutschen, die den noch im Baltikum stehenden Truppenverbänden angehören, den Aufruf erlassen, der durch Korpsbefehl allgemein bekannt gegeben wird:

Soldaten, Ihr habt die letzte Note der Entente wegen der Räumung des Baltikums gelesen. Darin wird dem deutschen Volk mit erneuter Wut, mit der Sperrung...

Und all das, weil ein Teil der Deutschen in baltischen Freiwilligenkorps das fremde Land nicht verlassen wollen, weil sie entgegen den Befehlen der Regierung dort bleiben, obwohl durch diesen verbrecherischen Eigen-

Die Reichsregierung wendet sich zum letzten Mal direkt an das Gewissen und das Landmannschaftliche Gefühl der deutschen Soldaten im Baltikum. Sie hat nie verkannt, daß die deutschen Soldaten auf Versprechungen hin sich anwerben ließen, die nicht gehalten worden sind.

Holt dem Befehl zur Heimkehr.

Berlin, den 3. Oktober 1919.

Der Reichskanzler: Bauer.

Die Reichsregierung:

Bell, Dr. David, Erzberger, Giesberts, Dr. Mayer, Müller, Roste, Schütz, Schmidt.

Ein erster französischer Kommentar.

Bern, 2. Oktober.

Der „Temp“ schreibt zu der Frage der Räumung des Baltikums, wenn die Reichsregierung den ersten Willen und die Macht habe, jede weitere Zufuhr für die Armee von der Goltz zu unterbinden, dann werde diese Armee wohl gezwungen sein, bald nach Deutschland zurückzugehen.

Völkerbund besitze weder eine Militärmacht, noch habe er Einfluß auf die Streitkräfte seiner Mitglieder. Für den Schutz Frankreichs seien daher drei Garantien notwendig: in militärischer Hinsicht müsse Deutschland entwaffnet und seine Entlohnung kontrolliert werden.

Das sei die Arbeit, die die Armee von der Goltz in den baltischen Ländern verrichten solle. Der „Temp“ fragt schließlich, was in den baltischen Ländern geschehen solle, damit die abziehende Armee von der Goltz nicht durch die Bolschewisten ersezt werde.

Die Darlegungen des „Temp“, die der Schwierigkeit der Verhältnisse in Kurland Rechnung zu tragen versuchen, beleuchten noch einmal den ganzen Ernst der Situation. Man kann nicht behaupten, daß der deutschen Regierung hierbei Unrecht geschieht.

Die Lage wird noch dadurch verschärft, daß durch die Affäre Goltz die ganze reaktionäre Diktatur der Regierung aufgebrochen ist. Goltz ist der Vertrauensmann der russischen Konterrevolutionäre, die sich in den Handstaaten sammeln, um auf eigene Faust Politik zu treiben.

Eine Amnestie.

„Im Geiste der Verständigung und des Entgegenkommens.“

Der Deutschen Nationalversammlung wird in den nächsten Tagen eine Vorlage zugehen, die weitgehende Bestimmungen über die Entlassung festgehaltener Personen und die Gewährung von Straffreiheit für politische Vergehen enthält. Es sollen alle Personen freikommen, die mit der Waffe in der Hand gefangen wurden.

Eine Vorlage dieses Inhalts wird die deutsche Nationalversammlung wirklich demnächst beschäftigen, nur daß es sich nicht um deutsche Staatsangehörige handelt, die von der deutschen Regierung amnestiert werden sollen, sondern um Polen und zwar mit der Vereinbarung, daß auch die Polen den deutschen Staatsangehörigen gegenüber die gleiche Amnestie gewähren.

Ministerpräsident Hirsch mit der „Wahrheit“ gegen die Wahrheit.

Den ganzen Tiefstand des Niveaus der rechtssozialistischen Agitation zeigt das Auftreten des Herrn Hirsch in der gestrigen Sitzung der preussischen Landesversammlung nach der die Scheinsozialisten entlarbten Rede unseres Genossen Dr. Rosenfeld.

haten! Hatte doch Herr Hirsch „Wahrheit“ vor einigen Monaten die Lüge verbreitet, daß Genosse Dr. Rosenfeld ein Spiel sei.

Die „Vollzeitung“ schreibt Freitag schon etwas darüber: „Es ist eben in weiten Kreisen nicht unbekannt geblieben, daß der wiederholt im Parlament gegen die Spielbank aufgetretene Abgeordnete (Dr. Rosenfeld) über Glücksspiele — nicht ganz ohne Sarkasmus spricht.“

Herr Hirsch mit der „Wahrheit“ und der „Vollzeitung“ als dem Lügenfeind gegen Unabhängigkeit. Er sollte sich schämen, wenn er noch die nötige Scham besäße.

Partei-politische Unduldsamkeit.

Der Kampf der drei sozialistischen Parteirichtungen in den Betrieben, besonders der zwischen den beiden linksstehenden und den Rechtssozialisten hat im Laufe der Zeit immer häufiger Formen angenommen. Die Kameraden, die früher Schulter an Schulter gegen die Unternehmer gestanden haben, haften jetzt bis aufs Blut und bekämpften sich untereinander ärger als sie gegen ihren gemeinsamen Gegner, den Kapitalismus, auftraten.

Sollen wir den Ursachen dieser Erscheinung nachgehen, finden wir sie in dem mangelhaften revolutionären Willen der einen Seite und in dem gänzlichen Mangel dieses Willens bei einem Teil der Arbeiterschaft. Diese Unterschiede in der politischen Auffassung machen um so weniger vor den Toren der Betriebe Halt, als der Schwerpunkt der politischen Betätigung der Arbeiterschaft heute mehr denn je das Wirtschaftsleben berührt und die Politik selbst von hier aus seine Weisungen erhält.

Daß nun jede Partei Anhänger für ihre Auffassung zu gewinnen sucht, kann ihr nicht verwehrt werden. Scharfe Auseinandersetzungen lassen sich dabei nicht immer vermeiden. Eine Terrorisierung Andersdenkender, wie sie leider zuweilen, muß man sich aber wachen, da diese eine folgenreiche Erbitterung in die Arbeiterschaft einträgt und den Weg zu gemeinsamen Aktionen, die notwendig werden können, versperrt.

Der „Vorwärts“ drückt ein längeres Protokoll über eine gemeinschaftliche Sitzung des Arbeiterausschusses der Metallwarenfabrik Dannenberg u. Co. aus, die mit der Geschäftsleitung auf Grund seines Mitbestimmungsrechts die Zustimmung zur Einstellung eines Schlossers verweigert habe, angeblich weil dieser Schlosser sich als Mitglied der rechtssozialistischen Partei bekannt habe.

Wir erklären nochmals, daß wir einen solchen Beschluß nicht billigen würden. Nun wird uns aber von Mitgliedern dieses Arbeiterausschusses mitgeteilt, daß ein solcher Beschluß nicht gefaßt worden ist. Der Beschluß, der „Vorwärts“ mitteilt, lautet vielmehr, daß jeder Arbeiter, der eingestellt werden will, gewerkschaftlich oder politisch organisiert sein müsse.

Der Arbeiterausschuss erklärt uns ferner, daß das Protokoll einseitig von der Geschäftsleitung abgefaßt und ihm nicht zur Einsicht und Unterschrift vorgelegt worden sei. Der Widerspruch gegen die Einstellung des Schlossers durch den Arbeiterausschuss sei wegen dessen Zugehörigkeit zur rechtssozialistischen Partei erfolgt, sondern weil Verdachtsgründe dafür vorliegen, daß der Schlosser von der Geschäftsleitung in den Betrieb hineingeworfen wurde, um die Tätigkeit der Legiererei zu fördern.

Demnach hat der „Vorwärts“, also auf dem einseitigen Form eines Sitzungsprotokolls angeforderten Bericht der Geschäftsleitung ein Urteil über die Arbeiter gefällt und die gesamten Arbeiterschaft dadurch schwer geschädelt. Denn sicher wird der Artikel des „Vorwärts“ ein gefundenes Fressen für diejenigen sein, die gegen das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter streben.

Dem „Vorwärts“ lag aber mehr daran, der ihm verböhrten unaufrichtigen Partei ein auszuweisen. Denn er kann es nicht verkneipen, zu behaupten, die von ihm mitgeteilten, von Arbeitern aber bestrittenen Vorgänge seien „lebens Endes Wirkung, die die Unaufrichtigen mit ihrer systematischen Lüge bei ihren Nachfolgern erzeugen.“

Das italienische Heer für d'Annunzio.

Nach Pariser Meldungen haben die italienischen Oberbefehlshaber beschlossen, im Falle eines südflawischen Angriffs d'Annunzio zu unterstützen. Ebenso ergab eine Abstimmung unter den Patrosen in Venedig, wo der Hauptteil der italienischen Armee liegt, eine überwältigende Majorität für d'Annunzio. Diesem besteht kein Zweifel mehr, daß das italienische Heer beträchtlich hinter d'Annunzio steht. Besonders republikanische Kreise schätzen d'Annunzio lebhaft.

Der Kampf der Metallarbeiter.

In der Unterdrückung der Versammlungen der Metallarbeiter am Donnerstag haben wir den Aufbruch eines Systems zu erblicken, das den wirtschaftlichen Aufstieg der Arbeiterklasse und ihren Versuch, sich gegen die von den Unternehmern geförderten Vereindungsstrebungen zu wehren, hindern will. Die Fesseln von den Rechtssozialisten beherrschte Staatsgewalt ist dabei glücklicherweise auf dem Standpunkt angelangt, den die alten Machthaber vor dem Siege durchzuleben trachteten, bei dem sie aber auf den entschiedensten Widerstand der ganzen Arbeiterklasse gestoßen sind. In einer Unterredung, die der Polizeipräsident Ernst einem Vertreter des 8 Uhr-Abendblattes genähert hat, bestätigte er das ausdrücklich. Weil die Versammlungen der Metallarbeiter sich an alle Arbeiter wandten, seien sie nach seiner Meinung anmeldepflichtige öffentliche Versammlungen gewesen und nicht Gewerkschaftsversammlungen. Es ist kaum anzunehmen, daß Herr Eugen Ernst so vergeblich sein soll, um nicht mehr zu wissen, welchen zähen Kampf die Gewerkschaften bis unmittelbar vor dem Siege gerade gegen diese von ihm jetzt vertretene Anichauung geführt haben. Es bleibt daher nur die Annahme, daß die Rechtssozialisten sich des Mittels der Polizeierklärung der Vereindungs der Gewerkschaften dauernd bedienen wollen, um sie dadurch in ihrer Tätigkeit zu hemmen.

Aber ob sie das wollen oder ob das nur die Folge ihrer vollständigen Abhängigkeit von den militärischen Streifen und den Unternehmern ist, die Wirkung bleibt dieselbe. Sie zeigt sich jetzt darin, daß überall selbst Betriebs- und Branchenversammlungen der Arbeiter von den Sicherheitsstruppen auseinandergejagt werden, trotzdem hier wohl selbst Herr Ernst nicht zu behaupten wagen wird, daß hier öffentliche anmeldepflichtige Versammlungen in Frage kommen.

Wie der Streik der Metallarbeiter mit allen Mitteln bekämpft werden soll, das zeigen auch die Vorgänge anlässlich der Einquartierung von tausend Soldaten in Oberschönneweide. Das Verhalten der Truppen ist noch uns zugegangenen Berichten außerordentlich provozierend. Artillerie und sogar Flammenwerfer führen sie mit sich, Kampfmittel, deren Anwendung selbst während des Krieges als besonders grausam verurteilt wurde. Die Gemeindevorstellung von Oberschönneweide hatte versucht, die Unterbringung der Pferde dieser Truppen in den leerstehenden Ställen des Rennplatzes von Karlsruh durchzusetzen. Auch darauf hat man sich nicht eingelassen, sondern die Pferde in den Speiserräumen der Fabriken untergebracht, anscheinend zum Feiden dafür, welche Nichtachtung man solchen von öffentlichen Körperlichkeiten gegenüber den Wünschen entgegenbringt. Selbstverständlich hat dieses Verhalten die Empörung der Arbeiterklasse und auch der übrigen Bevölkerung hervorgerufen.

Aber wie die Vorgänge im Anschluß an die Versammlung in den Barussialen deutlich beweisen haben, schätzt man gegenwärtig Menschenleben und verlassenes Menschenblut außerordentlich gering ein. Von amtlicher Seite wird das Protokoll über die dienstliche Ausübung des mit der Auflösung der Versammlung in den Barussialen beauftragten Offiziers veröffentlicht. Dieses Protokoll wagt nicht zu bestreiten, daß der ohne jede Veranlassung erfolgte Schuß der einen Arbeiter in den Fuß traf, die große Erregung der Massen verursacht hat. Er gibt auch an, daß der Offizier nebst seinen Begleitmannschaften und dem Verhafteten ungeschützt bis zur Wache gelangt sei. Selbst aus dieser Darstellung des Offiziers geht mit voller Deutlichkeit hervor, daß weder für ihn noch für seine Begleitmannschaften irgendein Anlaß zum Gebrauch der Waffe gegeben war. Von der bürgerlichen Presse ist mitgeteilt worden, daß die Soldaten aus dem Hausflur heraus geschossen haben. Wer will der Öffentlichkeit weismachen, daß bewaffnete Sicherheitsmannschaften, die sich im Hausflur befinden, einer unbewaffneten Menge gegenüber, die in keiner Weise tätlich wurde, von der Waffe Gebrauch machen müssen?

Die in den Versammlungen am Donnerstag verhafteten Funktionäre sind inzwischen bis auf zwei aus der Haft entlassen worden. Damit dürfte wohl bewiesen sein, daß man ihnen eine strafbare Handlung nicht zur Last legen kann. Immerhin ist bemerkenswert, daß die auch von der bürgerlichen Presse verbreitete Nachricht, daß sie vor ein Kriegsgericht gestellt werden sollen, bisher nicht demontiert worden ist.

Nur vor Redaktionsschluß verbreitet W. T. W. noch ein Schreiben des Polizeipräsidenten Eugen Ernst an den Reichsarbeiterverband. Laßt den dem Vertreter des „Aller-Werk-Kottes“ bereits geduldeten Gründen für das Verbot der Versammlungen, führt er an, es seien auch Demonstrationen eingeplant gewesen. Außerdem habe man beabsichtigt, die Arbeiter, die sich zur Niederlegung der Arbeit nicht bereitfinden sollten, gegebenenfalls durch Druck zum Aufbruch zu bewegen und damit auch die lebenswichtigen Kraftwerke stillzuliegen.

Unter diesen Umständen mußten im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung die erforderlichen Schritte ergriffen werden, um zunächst die Streikunfähigkeit und die Versammlungen zu verhindern. Wie begründet die Erwartung einer politischen Umwertung des Streiks, der Umzüge und Versammlungen waren, beweist die Tatsache, daß zur Zeit der Versammlungen Flugblätter mit der Aufschrift „Auf die Barussialen!“ verteilt wurden. In diesen Flugblättern heißt es ferner: „Reißt die Maske des wirtschaftlichen Streiks herunter!“

Dah Herr Ernst sich dieser offensichtlichen Spitzelberichte bedienen muß, um das Verbot der Versammlungen zu rechtfertigen, zeigt die Schwäche seiner Stellung. Daß, um Demonstrationen zu verhindern, Versammlungen verhindert werden müssen, wird er wohl niemandem weismachen können.

Solidaritätserklärung der Angestellten.

Die am 1. Oktober in den Barussialen versammelten Angestellten der Bergmann-Werke (Berliner Werk) erklären den im schwersten Kampfe mit den Berliner Metallarbeitern lebenden Handarbeitern ihre vollste Sympathie. Da der Kampf der Arbeiter aus enger mit den Interessen der Angestellten verknüpft ist, sind die Versammelten davon überzeugt, daß es die unbedingte Pflicht aller Kopf-

arbeiter ist, die Handarbeiter mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen und jegliche etwa ihnen zugemutete Streikarbeit strikte zu verweigern. Die Versammelten wünschen den Handarbeitern einen vollen Erfolg in ihrem Kampfe und erwarten von ihnen, daß sie bis zum endgültigen Siege durchhalten.

Die Lage des Streiks.

Verhärfung der Streiklage durch behördliche Maßnahmen.

Von der Streikleitung wird uns mitgeteilt:

Die Zahl der bestreikten Betriebe ist von 195 auf 210 gestiegen. Die Zahl der Streikenden hat sich um 4200 erhöht.

Eine wesentliche Verhärfung des Kampfes ist durch die weiteren Maßnahmen der Regierung eingetreten. In Oberschönneweide hat man 1000 Mann aus Oberschlesien ankommendes Militär einquartiert. Das A. E. G. Nobelwerk ist von Militärposten bewacht. Die Behörde trifft weiter ihre Maßnahmen zugunsten des Kapitalismus. Branchen und Betriebsversammlungen sind

Richtung!

Arbeiter-, Betriebsräte u. Funktionäre der gesamten Bekleidungs- u. Textilindustrie!

Am Montag, den 6. Oktober, abends 6 1/2 Uhr, findet in den Sophienböden, Sophienstr. 18, eine große Funktionärenversammlung statt. Näheres siehe Inserat.

durch Militär auseinandergejagt worden. Stempelstellen für die Streikenden sind durch Militär geschlossen. Die Hünzler-Kommission hat eine Delegation zur Berliner Gewerkschaftskommission entsandt, um mit dieser gemeinsam Schritte zu beraten, die notwendig sind, um behördlichen Maßnahmen entgegenzuwirken. Diejenigen Betriebe, in denen die verhafteten Kollegen gearbeitet haben, haben beantragt, in Streik treten zu dürfen. Die Hünzler-Kommission hat ihre Zustimmung gegeben. So tritt durch die behördlichen Maßnahmen eine wesentliche Verhärfung ein.

In der Sitzung am Mittwoch, den 1. Oktober, wurde vom Reichsarbeitsminister der Vorschlag gemacht, die Parteien sollen sich einem Schiedsgericht, bestehend aus je drei Parteivertretern und einem Vorsitzenden, auf den sich die Parteien zu einigen hätten, unterwerfen und vorher erklären, daß sie sich unter allen Umständen den Sprüchen des Schiedsgerichts fügen werden. Die Arbeitgeber-Vertreter stimmten dem Vorschlage zu, die Arbeitnehmervertreter erklärten dazu, die Antwort werde von der Hünzler-Kommission bis Freitag mittag erteilt werden. Sie können jedoch den Vorschlag des Herrn Arbeitsministers nur unter folgenden Voraussetzungen zur Annahme empfehlen:

1. Das Schiedsgericht müsse die ganze Streiksache aufrollen. So daß es möglich sei, den Spruch vom 21. August 1919 zu ergänzen, um die Ungerechtigkeit, die dieser Spruch für die Transportharbeiter enthält, zu beseitigen;
2. müsse die Gewähr gegeben werden, daß für alle Arbeitnehmer, deren Entlohnung zur Zeit unter 3,30 Mk. erfolge, eine Erhöhung des Lohnsatzes erfolge;
3. müsse bei denjenigen Industriegruppen, die jetzt schon einheitlich entlohnt werden, diese Einheitlichkeit der Entlohnung beibehalten werden, d. h. Verschlechterungen dürfen nicht eintreten.

Die Hünzler-Kommission hat nach eingehender Beratung mit den Vertretern der Streikleitung nunmehr am heutigen Tage dem Herrn Reichsarbeitsminister folgende Antwort gegeben:

Auf den Vorschlag des Herrn Reichsarbeitsministers in der Verhandlung vom Mittwoch, den 1. Oktober 1919, einen neuen Schlichtungsausschuss einzusetzen, bestehend aus je drei Parteivertretern und einem im Einvernehmen mit beiden Parteien vom Arbeitsminister zu bestimmenden Vorsitzenden, haben das Metallkartell, die Hünzler-Kommission, sowie sämtliche Obstände der streikenden Betriebe Stellung genommen. Einmütig kam zum Ausdruck, daß es unmöglich sei, sich bedingungslos im voraus einem Schlichtungsausschuss zu unterwerfen. Große Schwierigkeiten würden sich ergeben bei der Verständigung über einen unparteiischen Vorsitzenden. Von der Voraussetzung ausgehend, daß die Verhandlungen schneller erledigt werden und eine Verständigung besser möglich ist, wird folgender Vorschlag einstimmig dem Herrn Reichsarbeitsminister zur gefälligen Annahme unterbreitet: Vertreter der Herren Arbeitgeber sowohl wie der Arbeitnehmer jeder einzelnen Gruppe legen sich an den Verhandlungstisch und einigen sich über die festzusetzenden Lohn- und Arbeitsbedingungen ihrer Gruppe.

Wir sind sofort bereit, die dazu notwendigen Herren zur Verfügung zu stellen. J. A. D. Lof.

Dies Schreiben ist vom Arbeitsminister den Unternehmern zur Stellungnahme übermittelt worden.

Streitbereitschaft der Innungsschmiede.

Eine Versammlung der Innungsschmiede beschloß am Donnerstag, sobald die Straßenbahnen in den Sympathiestreik eintreten und die wilden Fuhrwerke wieder auf der Straße erscheinen, sind die Innungsschmiede gewillt, die Arbeit einzustellen. Die Branchenleitung wird beauftragt, gegebenenfalls mit der Hünzler-Kommission die nötigen Schritte zu unternehmen.

Streikende und ausgesperrte Arbeiter und Arbeiterinnen der Siemensbetriebe! Alle Kollegen und Kolleginnen, die sich im Ausstand befinden oder durch die Firma ausgesperrt sind, haben ihre Kontrollkarte nur in ihrem Streiklokal, welches für sie zuständig ist, absteuern zu lassen. Alle anderen Wechselkarten in Groß-Berlin werden angefordert, diejenigen Kollegen und Kolleginnen, die sich aus dem Siemens-Kongern zur Abstempelung melden, abzuweisen.

Die im Ausstand befindlichen Geiger und Maschinisten werden gebeten, sich zwecks Abstempelung im Bofol von Nojewski, Voltastr. 30, einzufinden. Die Streikleitung.

Samson-Werk. Kolleginnen und Kollegen der Streikkontrollkarten Nr. 1-191 müssen sich heute Sonnabend von 9-11 Uhr vormittags zum Unterschreiben der Streikgeldquittung im Bofol von Topp einzufinden. Die Streikleitung.

Die bei der Firma Julius Fehls beschäftigt gewesenen Kollegen versammeln sich am Sonntag vormittags 9 1/2 Uhr bei Groß, Kolonnenstraße 78.

A. G. G. Mühlampe. Heute, 11 Uhr, Betriebsversammlung, Wielestraße 24.

Sämtliche Kollegen der Firma A. Borst, die sich noch nicht in die Wechselkarten haben eintragen lassen, oder die ihre Wechselkarten bei den Vertrauensleuten schon vorher abgegeben hatten, müssen diese abholen und sich sofort in die Listen eintragen lassen. Diese liegen bis heute Sonnabend in den bekanntgegebenen Kassen aus. Der Arbeiterrat. J. A. D. Lof.

Erneute Hausjuchung beim Vollzugsrat.

Gestern nachmittags gegen 3 Uhr wurden die Räume des Vollzugsrats in der Ringstraße 24 neuerdings von Kriminalbeamten, diesmal aber in Begleitung von Postkavappeln, heimgesucht. In feierlichem Aufzug, in zwei Kolonnen kamen sie an und suchten nach Kommunisten und Material. Ein Kriminalkommissar wies einen vom Hauptmann von Kessel unterzeichneten Auftrag vor, wonach sie verpflichtet seien, anwesende Kommunisten zu verhaften und neu angekommenes Material zu beschlagnahmen. Der große Aufwand war aber unnötig verstanden; die Beauftragten der Postregierung mußten abziehen, ohne Verhaftungen oder Beschlagnahmen vornehmen zu können.

Es wird nachgerade zum Skandal, wie im neuen Deutschland das Hausrecht mißachtet wird. Nachdem man den Vollzugsrat mit allen Schikanen aus seinem Hause, in den Kellern, geholt hat, verfolgt man ihn weiter andauernd mit Hausjuchungen. Es wird sich dabei wohl weniger um das Suchen und Finden von Kommunisten handeln, als um die Neuorganisation der Räte, die Erfassung der Industrie-Gruppen, zu verhindern. Daß man die Rätebewegung mit diesen polizeilichen und militärischen Mucken und Tücken nicht loskollt, wird bewiesen werden.

Förderung des Studiums der Naturheillehre.

Da der feinerzeit auf Veranlassung des Genossen Dr. Wehl von der Landesversammlung angenommene Antrag, wonach an allen Universitäten und den Akademien für praktische Medizin der theoretische und praktische Unterricht in der allgemeinen Therapie erweitert und die Erforschung ihrer Wirkungen vertieft werden sollte, von manchen Seiten falsch ausgelegt wurde, sah sich der Ausschuss für Bevölkerungspolitik gezwungen, erneut dazu Stellung zu nehmen. Er gab dem Antrag folgenden unmissverständlichen Wortlaut:

Der Antrag 271 bezieht sich dem Sinne nach vollständig mit dem vom Ausschuss für Bevölkerungspolitik des ehemaligen Deutschen Reichstags gefassten Beschluß. Derselbe lautet:

Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dahin zu wirken, daß den angehenden Ärzten und Medizinern an den Universitäten Gelegenheit zum Studium der Medizin auf der Grundlage der vergleichenden Biologie gegeben wird durch Errichtung von Lehrstühlen oder Erteilung von Lehraufträgen in vergleichender Biologie mit Bereitstellung von Kliniken, Polikliniken und Krankenhäusern für die Behandlung nach den biologischen Heilmethoden, wie sie unter den Bezeichnungen „Naturheillehre“ und „Homöopathie“ schon lange in weiten Kreisen der Bevölkerung geschätzt sind.

Diese vom Gen. Wehl vorgeschlagene Erklärung ist mit 17 gegen 9 Stimmen gutgeheißen worden.

Reichskonferenz der Postangestellten.

Da die Angestellten im Post- und Telegraphendienst belampt sind in den denkbar schlechtesten Verhältnissen leben und in der Entlohnung weit unter den Arbeitern der Privatbetriebe stehen, hat sich begrifflicherweise das Bedürfnis zu einem einheitlichen Zusammenschluß aller Angestellten im ganzen Reiche geltend gemacht, um so mehr, als alle Einzelaktionen zur Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen bisher so gut wie ergebnislos verlaufen sind. In diesem Sinne tagt zur Zeit in Berlin vom 2. bis 4. Oktober eine Reichskonferenz der Angestellten, wozu Delegierte aus dem ganzen Reiche erschienen sind. Bis jetzt ist zu einer Reihe der wichtigsten Fragen, wie Mitbestimmungsrecht, Anstellung, Arbeitszeit, Gehalt und Urlaub, Stellung genommen worden. Bisher haben die Angestellten ein Tagelöhnerdasein geführt. Gefordert wird jetzt eine sechsmonatliche Kündigung am Quartalschluß. Gemäß den etwas besseren süddeutschen Lohnverhältnissen wurden die folgenden Gehaltsforderungen aufgestellt: Für Ledige: Grundgehalt 400 M., Teuerungszulage 50 M. monatlich, für Verheiratete: Grundgehalt 450 M., Teuerungszulage 120 M. monatlich, Kinderzulage 50 M. Im Krankheitsfalle wurde die Fortzahlung des vollen Gehaltes verlangt.

Was die Arbeitszeit anbelangt, wurde die alte im Postdienst nur zu berechtigter Forderung nach der 42stündigen Arbeitswoche, im Telegraphendienst 38 Stunden, wieder aufgegriffen. Ueberstunden sind abzulehnen.

In der Urlaubsfrage wird gefordert: 14 Tage nach einhalbjähriger Dienstzeit, 21 Tage nach 2-4 Jahren, 28 Tage nach 4 Jahren Tätigkeit. Ferner wird nach dem Beispiele Bayerns ein Freizeitarbeit zum Urlaubsantritt verlangt. Das Mitbestimmungsrecht wird von der Konferenz an die erste Stelle gestellt. Hierin einigte man sich auf den Antrag Frankfurt: „Kündigungen, Entlassungen, Einstellungen und Versetzungen von Angestellten sind den Angestelltenausschüssen vorher mitzuteilen. Einwendungen sind in gemeinsamer Beratung mit der Amtseitung zu präsen. In allen das Angestelltenverhältnis betreffenden Fragen hat der Angestelltenausschuss gleichberechtigt mitzuwirken. Diese Bestimmungen sollen als Provisorium bis zur Regelung durch das Reichsarbeitsgesetz gelten.“ Heute vormittags wird die Tagung ihr Ende erreichen.

Theater und Vergnügungen.

Volkstheater. Theater am Bülowplatz. 10 Uhr: Luther.

Opernhaus. 7 Uhr: Die lustigen Weiber von Windsor.

Schauspielhaus. 6 Uhr: Die Räuber.

Deutsches Theater. Direktion: Max Reinhardt. 7 Uhr: Claviso.

Kammerspiele. 7 Uhr: Frühlings Erwachen.

Theater I. d. Röhrgräberstraße. 7 Uhr: Käthe Kollwitz.

Opernhaus. Sonntag 3.15 Uhr: Musik. 7 Uhr: Kabale u. Liebe. Montag: Erdbeben.

Komödienhaus. an der Mariahilfsstraße.

Liselott. von der Platz. Sonntag 3 Uhr: Fünf Frankfurter.

Berliner Theater. 7 Uhr: Bummelestudenten.

Lessing-Theater. Direktion: Viktor Barnowsky. 7 Uhr: Peer Gynt.

Deutsches Künstler-Theater. Abends 7 Uhr: Das Schloss am Wannsee.

Residenz-Theater. Stadtbahn Jannowitzbrücke. Sonntag 4 Uhr: Kleine Preise.

Hänsel und Gretel. 8 Uhr: Heute u. 283. Male. Das höhere Leben.

Trianon-Theater. 11. Friedrichstraße, Nr. 427, 228. Nachm. 4 Uhr: Kleine Preise.

Aschenbrödel. Sonntag 4 Uhr: Maskerade.

Maskerade. Sonntag 4 Uhr: Johanniskreuz.

Wintergarten. 8 Uhr: 75 Uhr: Varietévortrag.

Varietévortrag. Rauchen gestattet.

Konditorei u. Café Hohenstaufen. Kottbuser Damm 76, Inh. Otto Poltmann.

Möbel-Cohn. im Osten: Große Frankfurter Straße 58 (5 Minuten vom Alexanderplatz).

Möbel-Cohn. im Norden: Badstraße 47/48.

Möbel. gegen bar oder Teilzahlung.

Möbel. Spezialität: 1- u. 2-Zimmereinrichtungen.

Möbel. Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Polsterwaren, farbige Küchen, einzelne Möbel.

Möbel. Riesenauswahl - Billigste Preise. Sehr kalante Bedingungen und größte Rücksichtnahme.

Möbel. Lieferung frei Haus. Lieferung auch nach auswärt. Oekonomie Möbel können kostenlos lagern. Kriegsanleihe und Sparkassenschein nehmen gern als Anzahlung.

Möbel. Ich zahle für alte Gebisse.

Möbel. für den gewöhnlichen Plat.-Zahn bis 5.- M. jedoch nicht unter 2.75 M. pro Zahn.

Möbel. Für Plat.-Stift u. Plat.-Zähne bis 40.- M. (auch künstl.)

Möbel. Platin pro Gramm 52.- M.

Möbel. Ankauf im Hotel „Grüner Baum“, Berlin W, Krausenstraße 56-58.

Möbel. Täglich 10-6 Uhr Zimmer 1. Voglar, Berlin.

Möbel. Berliner Möbelvertrieb.

Möbel. Spandauer Brücke 4/5 Bahnhof.

Möbel. Schlaf-, Speise-, Herrenzimmer.

Möbel. Küchen von 350 Mk. an.

Möbel. Zahlungsanleihe gestattet. Kriegsanleihe nehmen in Zahlung.

Rose-Theater. 7 Uhr: Kleine Siskivina. Nachm. 3.15 Uhr: Schneewittchen.

Casino-Theater. Lothringer Br. 37, Tägl. 7.15 Uhr.

Großstadt-Pflanzen. Volkstheater in 3 Akten.

Großstadt-Pflanzen. Vorber: „Schwarzwaldbühne“.

Großstadt-Pflanzen. Operntrenk mit Viktor Litzack von der Komischen Oper.

Großstadt-Pflanzen. Dazu erkrankungsspezifitäten. Sonntag 4 Uhr: Mädchenheire.

Walhalla-Theater. Weinbergsweg.

Walhalla-Theater. 1. Nachmitt. -Vorstellung im Oktober:

Walhalla-Theater. Das Gesetz.

Walhalla-Theater. Sonntag 5.10, nachm. 3.15, abends 10.15. Das Gesetz.

Walhalla-Theater. Sonnabend 10.15: Das Gesetz.

Walhalla-Theater. Sozialistisches Drama von Paul Barbe.

Circus Busch. Bekanntmachung.

Circus Busch. Da der Antrag zu der neuen tragikomischen Parodie „Aphrodite“

Circus Busch. d. tagl. außer Dienstag u. Freitag aufgeführt wird, so gewaltig ist, daß die Plätze abendlich schnell vergriffen sind, empfiehlt es sich, Plakatkarten vorher zu beschaffen.

Circus Busch. Vorverkauf imm. 1.3 Tage im voraus. Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß bis auf weiteres jeden Dienstag und Freitag nur Boxkämpfe stattfinden.

Die prunkvolle Film-Bühne der großen Massen ist der Lichtspielpalast

Die prunkvolle Film-Bühne der großen Massen Schweizer-Garten

Die prunkvolle Film-Bühne der großen Massen Am Friedrichshagen 39/38

Die prunkvolle Film-Bühne der großen Massen Täglich 7 Uhr, Sonntag 3 Uhr

Die prunkvolle Film-Bühne der großen Massen Das Schlagerprogramm

Die prunkvolle Film-Bühne der großen Massen Ab 7.15 Uhr im ersten Saal

Die prunkvolle Film-Bühne der großen Massen Kabarett.

Die prunkvolle Film-Bühne der großen Massen Eintritt frei.

Ohne Geld bekommen Sie nirgends

Ohne Geld bekommen Sie nirgends MÖBEL

Ohne Geld bekommen Sie nirgends doch bei bequemster Zahlungsweise bei

Ohne Geld bekommen Sie nirgends BARTHEL

Ohne Geld bekommen Sie nirgends Zorndorfer Straße 54.

Die berühmten orientalischen Geschichten

Die berühmten orientalischen Geschichten Die Erzählungen aus den tausend Nächten und der einen Nacht

Die berühmten orientalischen Geschichten Uebersetzt von Ritter von Ribb

Die berühmten orientalischen Geschichten illustriert von Franz von Bayros

Die berühmten orientalischen Geschichten Statt gebildet Mk. 12.50, vornehm gebunden Mk. 16.50

Die berühmten orientalischen Geschichten ... Eingebildet in den prägenden Schlier

Die berühmten orientalischen Geschichten Mähender Sinnenfreude und farbiger Erotik, schildern diese unvergänglichen Geschichten das Leben und Treiben der südöstlichen Völker, und bieten dem Erwachenden, für den diese Ausgabe bestimmt ist, Stunden unermesslichen Genusses.

Die berühmten orientalischen Geschichten Aber Herr Herzog

Die berühmten orientalischen Geschichten Die Liebesabenteuer des Marschalls von Richelieu

Die berühmten orientalischen Geschichten Von ihm selbst erzählt

Die berühmten orientalischen Geschichten Eine Chronique amoureuse aus galanter Zeit

Die berühmten orientalischen Geschichten Elegante Ausgabe Mk. 15.-

Die berühmten orientalischen Geschichten Thomas Mann: ... Jeder Mensch von einiger Reife und Bildung wird in dem Werke eine erhellende und dankenswerte Publikation sehen.

Die berühmten orientalischen Geschichten Einzeln oder zusammen zu beziehen durch

Die berühmten orientalischen Geschichten Voglar & Co., Berlin W 9, Köthener Str. 27, Abt. 8/1

Wichtig für Anstalten, Restaurationen, Private.

Wichtig für Anstalten, Restaurationen, Private. Wegen Aufgabe von Mittelständischen.

Wichtig für Anstalten, Restaurationen, Private. Tische, Stühle, Ballen, Schränke, Essspinde, Kessel, Kochherde, Abwaschtische, Porzellan, viele Wirtschaftsrartikel.

Wichtig für Anstalten, Restaurationen, Private. Besichtigung von 9-5 Uhr, Kanister 105, Stadthahnbogen

Wichtig für Anstalten, Restaurationen, Private. Nähere Auskunft, Nürnberger Platz 4

Wichtig für Anstalten, Restaurationen, Private. Verein für Kinder - Volksküchen.

Wichtig für Anstalten, Restaurationen, Private. Telefon: Umland 6133.

Achtung! Arbeiter-Betriebsräte

Achtung! (Arbeiter- Angehörigen- und Funktionäre) der gesamten Bekleidungs- und Textil-Industrie.

Achtung! Montag, den 6. Oktober 1919, abends 6 1/2 Uhr, findet in den Sophienkloster, Sophienstr. 18, eine große

Achtung! Funktionärerversammlung

Achtung! der gesamten Bekleidungs- und Textil-Industrie

Achtung! der gesamten Bekleidungs- und Textil-Industrie

Achtung! der gesamten Bekleidungs- und Textil-Industrie

Achtung! der gesamten Bekleidungs- und Textil-Industrie

Achtung! der gesamten Bekleidungs- und Textil-Industrie

Achtung! der gesamten Bekleidungs- und Textil-Industrie

Achtung! der gesamten Bekleidungs- und Textil-Industrie

Achtung! der gesamten Bekleidungs- und Textil-Industrie

Achtung! der gesamten Bekleidungs- und Textil-Industrie

Komödienhaus an der Mariahilfsstraße.

Komödienhaus Am Dienstag, 7. Oktober, 1/8 Uhr:

Komödienhaus Sum 125. Male:

Komödienhaus Liselott von Pfalz

Komödienhaus Lustspiel in 3 Akten und 1 Vorspiel

Komödienhaus v. Rudolf Predder u. Leo Walter Stein.

Platin Gramm 51 M.

Platin Gramm 51 M. Gebisse bis 850 M.

Platin Gramm 51 M. Zähne mit Platinsilfen 2.60 bis 38 M.

Platin Gramm 51 M. Gold, Silber in jeder Form

Platin Gramm 51 M. kauft

Platin Gramm 51 M. Frau Linke, Blücherstraße 40,

Platin Gramm 51 M. 8 bis 8 Uhr. Portal II, II. Et.

Möbel in großer Auswahl

Möbel und guter Ausführung auf

Möbel Bar oder Kredit!

Möbel Möbel-Gross

Möbel Große Frankfurter Str. 14

Möbel Invalidenstr. 5, Eiz. Ackerstraße.

Möbel Kriegsanleihe und Sparanleihen nehme in Zahlung.

Platina Gramm 51 M.

Platina Gramm 51 M. Zähne mit Platinstift 2.60-38 M.

Platina Gramm 51 M. Alte Gebisse bis 750 M.

Platina Gramm 51 M. Gold, Silber kauft

Platina Gramm 51 M. Frau Knuth, Zionskirchstr. 54, v. II

Platina Gramm 51 M. (Ecke Anklamer Straße und Brandenburger Straße)

Spezial-Arzt für Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, speziell veraltete hartnäckige Harnleiden, Ausschlag, Salvarsan-Kuren, Uria- und Blutuntersuchungen. ... Separates Damenzimmer.

Spezial-Arzt Erste und älteste Heil-Anstalt Löser

Spezial-Arzt Dir.: Löser senior. Dr. Skottli

Spezial-Arzt nur Rosenthaler Straße 69-70, Ecke Lindenstraße, 9-1, 4-9, Sonnt. 10-1.

Ohne Geld bekommen Sie nirgends

Ohne Geld bekommen Sie nirgends MÖBEL

Ohne Geld bekommen Sie nirgends doch bei bequemster Zahlungsweise bei

Ohne Geld bekommen Sie nirgends BARTHEL

Ohne Geld bekommen Sie nirgends Zorndorfer Straße 54.

Die berühmten orientalischen Geschichten

Die berühmten orientalischen Geschichten Die Erzählungen aus den tausend Nächten und der einen Nacht

Die berühmten orientalischen Geschichten Uebersetzt von Ritter von Ribb

Die berühmten orientalischen Geschichten illustriert von Franz von Bayros

Die berühmten orientalischen Geschichten Statt gebildet Mk. 12.50, vornehm gebunden Mk. 16.50

Die berühmten orientalischen Geschichten ... Eingebildet in den prägenden Schlier

Die berühmten orientalischen Geschichten Mähender Sinnenfreude und farbiger Erotik, schildern diese unvergänglichen Geschichten das Leben und Treiben der südöstlichen Völker, und bieten dem Erwachenden, für den diese Ausgabe bestimmt ist, Stunden unermesslichen Genusses.

Die berühmten orientalischen Geschichten Aber Herr Herzog

Die berühmten orientalischen Geschichten Die Liebesabenteuer des Marschalls von Richelieu

Die berühmten orientalischen Geschichten Von ihm selbst erzählt

Die berühmten orientalischen Geschichten Eine Chronique amoureuse aus galanter Zeit

Die berühmten orientalischen Geschichten Elegante Ausgabe Mk. 15.-

Die berühmten orientalischen Geschichten Thomas Mann: ... Jeder Mensch von einiger Reife und Bildung wird in dem Werke eine erhellende und dankenswerte Publikation sehen.

Die berühmten orientalischen Geschichten Einzeln oder zusammen zu beziehen durch

Die berühmten orientalischen Geschichten Voglar & Co., Berlin W 9, Köthener Str. 27, Abt. 8/1

Wichtig für Anstalten, Restaurationen, Private.

Wichtig für Anstalten, Restaurationen, Private. Wegen Aufgabe von Mittelständischen.

Wichtig für Anstalten, Restaurationen, Private. Tische, Stühle, Ballen, Schränke, Essspinde, Kessel, Kochherde, Abwaschtische, Porzellan, viele Wirtschaftsrartikel.

Wichtig für Anstalten, Restaurationen, Private. Besichtigung von 9-5 Uhr, Kanister 105, Stadthahnbogen

Wichtig für Anstalten, Restaurationen, Private. Nähere Auskunft, Nürnberger Platz 4

Wichtig für Anstalten, Restaurationen, Private. Verein für Kinder - Volksküchen.

Wichtig für Anstalten, Restaurationen, Private. Telefon: Umland 6133.

Achtung! Arbeiter-Betriebsräte

Achtung! (Arbeiter- Angehörigen- und Funktionäre) der gesamten Bekleidungs- und Textil-Industrie.

Achtung! Montag, den 6. Oktober 1919, abends 6 1/2 Uhr, findet in den Sophienkloster, Sophienstr. 18, eine große

Achtung! Funktionärerversammlung

Achtung! der gesamten Bekleidungs- und Textil-Industrie

Achtung! der gesamten Bekleidungs- und Textil-Industrie

MÖBEL
schonverwahrte Läger, Auswahl in 4 Etagen wie im Friesen
Gediegene Schlafzimmer
Speisezimmer & Herrenzimmer
Farbige Ergänzungs-
Küchen & Möbel
Für Brautleute besonders empfehlenswert. - Auf Wunsch Teilzahlung!
Möbel-Haus
A. DAMITT
Rosenthaler Str. 46-47 und Müllerstr. 101

Folgende Mietungsgüter werden mit dem 1. Oktober d. J. neu errichtet bzw. verlegt:

1. Mietungsgut 1, umfassend den Bezirk der Wohnungsinpektion, bisher Zimmerstr. 90/91, wird nach Weidenstr. 9 verlegt.

2. Mietungsgut 2, umfassend den Bezirk der Wohnungsinpektion, wird im Hause Oranienburger Straße 16 neu errichtet.

3. Mietungsgut 3, umfassend den Bezirk der Wohnungsinpektion, wird nach Geiswalder Straße 51 verlegt.

4. Mietungsgut 4, umfassend den Bezirk der Wohnungsinpektion, und

5. Mietungsgut 5, umfassend den Bezirk der Wohnungsinpektion, werden im Hause Zimmerstr. 90/91 errichtet.

6. Mietungsgut 6, umfassend den Bezirk der Wohnungsinpektion, und

7. Mietungsgut 7, umfassend den Bezirk der Wohnungsinpektion, werden im Hause Potsdamer Straße 40, 2. und 10. Wohnungsinpektion, verbleiben bis auf weiteres Potsdamer Straße 40.

Berlin, den 27. September 1919.

Deputation für Wohnungswesen.

Loehning.

Tab. Nr. 1243 M. E. A. /19.

Achtung!

Achtung! Arbeiter u. Angestellte der Ufa

Achtung! Sonntag, den 5. Oktober 1919, pünktlich vormittags 10 Uhr,

Achtung! in den Kammerlichtspielen am Potsdamer Platz.

Achtung! Tages-Ordnung:

Achtung! Vortrag

Achtung! über Ziel und Zweck der Betriebsräte.

Achtung! Referenten von beiden Vollzugsräten.

Achtung! Freie Aussprache! Freie Aussprache!

Achtung! Verschiedenes!

Achtung! Alles muß erscheinen, die Betriebsräte werden gebeten ihren Betrieb vollständig zur Stelle zu bringen.

Achtung! Paul Sabinski, Arbeiterrat der Ufa.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Lindenstraße 83/85.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Geschäftszeit von vorm. 9 bis nachm. 4 Uhr.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Telefon: Amt Norden 185, 1289, 1987, 9714.

Kohleleger, Heizer, Hochdruck- u. Heizungsmonteur!

Kohleleger, Heizer, Hochdruck- u. Heizungsmonteur! Sonntag, den 5. Oktober 1919, vorm. 9 Uhr, Altes

Kohleleger, Heizer, Hochdruck- u. Heizungsmonteur! Gebäude, Querschnitt

Branchen-Versammlung

Branchen-Versammlung Tagesordnung:

Branchen-Versammlung I. Bericht über die Verhandlung.

Branchen-Versammlung II. Diskussion.

Branchen-Versammlung Witzwettbewerb legitimiert.

Branchen-Versammlung Am Sonnabend, den 4. Oktober 1919, vormittags 10 Uhr, in den Quartieren, Weidenstraße 142

Branchen-Versammlung Der Vorstand

Branchen-Versammlung für alle streikenden Karosseriearbeiter

Branchen-Versammlung Tagesordnung:

Gewerkschaften oder Betriebsorganisation.

Von dem Genossen W. Schulz, Bezirksleiter des Deutschen Eisenbahner-Verbandes, erhalten wir folgende Zuschrift:

Der Streit um die Frage, ob die Gewerkschaften im alten zentralistischen Sinne durch die Revolution überlebte Gebilde oder gar überflüssige und die revolutionäre Arbeiterschaft hemmende Institutionen sind, hat in letzter Zeit innerhalb der Arbeiterschaft einen ziemlich breiten Raum eingenommen. Deshalb verdient sich eine eingehende Betrachtung. Zunächst sei einmal festgestellt, daß von unserem Standpunkt aus die Gewerkschaften als solche mit all ihrem schmerzhaften Bürokratismus, all ihren ihnen anhaftenden Fehlern, nicht in Waisch und Wogen als den heutigen Verhältnissen und Anforderungen entsprechend zu bezeichnen sind. Wir wissen, daß es zu ihrer Ausgestaltung zu revolutionärer Kampfsorganisationen noch viel Arbeit kosten wird.

Was ist es nun, daß uns den angeblich revolutionären Betriebsorganisationen und ähnlichen Gründungen mit Vorbehalt gegenübersehen läßt? Was will die Betriebsorganisation? Sie will alle revolutionären Kräfte auffangen, zusammenfassen und zwar nicht auf dem Boden des Fades oder Verfalls, sondern an der Produktionsstätte, im Betrieb. Ihr Kampf richtet sich gegen das Monopol innerhalb der Gewerkschaften, gegen das zentralistische System, gegen das Führersystem, gegen die Vorherrschaft der Vorstände, gegen die Arbeitsgemeinschaften, gegen Tarifabschlüsse, gegen Verhandlungen, gegen Abmachungen, und letzten Endes gegen alles, was nach Lohnreform und Reform überhaupt zielt. Ihr großes Wort, ihre große Losung heißt: „Aktion“. Bei allem Schönen, was von den Initiatoren der Betriebsorganisationen erklärt wird, muß man sich doch sagen, daß das alles nur Phrasen sind, die letzten Endes gerade das schaffen wollen, was heute befehrt.

Zwei der widersprechendsten Gedanken, die betriebl. Aktion des Syndikalismus und die zentralistische Zusammenfassung der Gewerkschaften, sucht man hier zu verwirklichen. Es spricht für die konfuse und widersprechende Auffassung der Agitatoren, nicht die Zentralisation der Massen, sondern die Zentralisation der Gedanken zu wollen. Weiter erklären die Agitatoren, daß sie nicht die Zentralisation bekämpfen, sondern nur das System. Sie wollen nicht, daß sogenannte Führer ausschlaggebend sind, sondern daß die Massen zu bestimmen und zu entscheiden haben. Das ist wohl einzuwenden, daß es hier doch nur auf die Männer ankommt, die die Kollegen dort hineinwählen und nicht auf das System. Aber geht denn ein Kollege oder Genosse der Betriebsorganisation, der bisher ein hervorragender Funktionär war, wird aus irgendeinem Grunde Bureauangestellter. Auch er sich nun jeder Agitation usw. enthalten? Eine gewisse Führerschaft ist selbst unter den allerrevolutionärsten Einrichtungen notwendig. Stets wird der geistig Regsamste sich aus der breiten Masse abheben. Stets wird er sich ein gewisses Übergewicht verschaffen. Hat er diktatorische Eigenschaften, so wird es ihm im Verein mit seinen Freunden ein Leichtes sein, seinen Willen der Masse aufzuzwingen. Selbstverständliche Pflicht des einzelnen ist es, darüber zu wachen, daß dieses nicht eintritt.

Wie stellt man sich die Bedenkzentralisation vor? Da ja alle Menschen niemals des gleichen Sinnes sind, kann es eine vollständige Zentralisation der Gedanken nicht geben. Man spricht von großen Zielen, restloser Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, Einführung der Diktatur des Proletariats, Verwirklichung des reinen Rätesystems, Beseitigung aller Organisationen, deren Form und Tendenz diesem Kampfe hinderlich sind, und bedenkt gar nicht, daß, um diese erstrebenswerten Ziele in die Tat umzusetzen, man in erster Linie Kämpfer braucht. Wollte ein Feldherr, um nur einen Vergleich zu nehmen, in dem Augenblick, wo er sich dem Feinde entgegenzusetzen will, erst dazu übergehen, sein Heer zu bilden, er wäre von vornherein der Beschlagnahme. Es wird von allen Rednern der Betriebsorganisationen hervorgehoben, daß der Kampf nahe bevorsteht; um so mehr ist es zu verwundern, daß man das Proletariat erneut spaltet, erneuert auseinandertreibt. Wir müssen uns darüber klar sein.

daß der Kapitalismus eine einzige geschlossene internationale Kampffront gegenüber der zerrütteten und zerstückelten Arbeiterschaft bildet. Der Kapitalist weiß den Weg, den er zu gehen hat, er kennt sein Ziel, während der Arbeiter wohl sein Ziel kennt, aber über den Weg mit seinen eigenen Genossen streitet. Der Hinweis auf die Tatsache, daß ja auch die U. S. P. die Parteispaltung vollzogen habe, ist ganz irrelevant. Damals galt es, die Masse von dem Weg der Kriegspolitik wegzudrängen, die Masse zu revolutionieren. Damals mußten wir den Weg der Spaltung gehen, um den Arbeitern das unheilvolle Gebahren der sogenannten Sozialisten und der ganzen Kriegspolitik überhaupt vor Augen zu führen. Darin haben uns die jüngsten Ereignisse recht gegeben. Heute liegen die Verhältnisse anders. Jegliche Spaltung muß die Stiefstraß des gesamten Proletariats verringern.

Daß man mit leichtfertiger dilettantischer Arbeit nur das bestehende Übel beunruhigt, braucht wohl nicht extra betont zu werden. Der Aufbau der revolutionären Betriebsorganisationen soll folgendermaßen vor sich gehen: Jeder Betrieb wählt einen Obmann. Die Obleute der einzelnen Betriebe und Werkstätten bilden innerhalb des Wirtschaftsbereichs den Obmannkörper. Dieser wählt sich als seine Geschäftsleitung den Bezirksausschuß, der aus fünf Personen besteht. Der Bezirksausschuß wählt aus den Reihen der Obleute den Bezirksausschuß aus zwei Personen. Derselbe leitet Organisation und Agitation usw. Damit glaubt man nun zunächst das Problem der Monopolwirtschaft gelöst zu haben. Hier besteht unzweifelhaft die Gefahr, daß man die Massen eher auseinanderreißt, als sie zusammenfaßt. Wer auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiet nur ein klein wenig Erfahrung hat, wird wissen, daß nur die allerstärkste Zusammenfassung der Masse dieselbe vorwärts treiben kann. Wer da weiß, wieviel Kleinarbeit geleistet werden muß, um eine Organisation erstmalig aufzubauen und dann schlagkräftig zu machen, der wird sich klar darüber sein, daß jegliche Neugründung eine Perfraktionierung der Kräfte ist. Hier wird sie geradezu zum Verbrechen am Proletariat. Anstatt die bestehenden Organisationen so aufzubauen, wie es die fortschreitende Entwicklung erfordert, geht man dazu über, neue Verbände zu gründen, die man mit einem revolutionären Ausschussfeld versehen.

Bei allen diesen Unternehmen geht man mit einer geradezu skrupellosen Reichfertigkeit vor. Wenn es z. B. heißt: In allen Organisations-, Agitations- und Aktionsfragen ist die Mitglieder-Verammlung der Wirtschaftsbereiche die höchste Instanz, so heißt sich das sehr schön an. Den indifferenten Arbeiter könnte man wohl damit imponieren, aber den politisch und gewerkschaftlich geschulten Arbeiter zwingt man damit nur ein gelindes Lächeln ab. Man braucht wohl nicht erst zu fragen, wie man sich eine beschließende Mitgliederversammlung des Wirtschaftsbereiches Groß-Berlin in der Kopfzahl des Metallarbeiterverbandes vorstellt. Doch genug. Wir sind gegenüber der Stärke unserer kapitalistischen Gegner der Meinung, daß es notwendig ist, alle vorhandenen Kräfte zusammenzuhalten und die noch Zerstückelenden zu uns heranzuziehen. Nicht mit der Zertrümmerung der Gewerkschaften ist der Arbeiterschaft gedient, sondern mit dem Aufbau derselben zu revolutionären Kampfsorganisationen.

Aus der Partei.

Errichtung einer eigenen Tageszeitung in Elbing.

Mit der Errichtung einer eigenen Druckerei und einer Tageszeitung sind die Elbinger Genossen beschäftigt. Die dortige U. S. P.-Bewegung zählt zu den stärksten des Ostens. Über 6700 Mitglieder sind allein in der Stadt Elbing politisch organisiert. Dem neuen Zeitungsunternehmen stehen dank der Opferwilligkeit der Elbinger Arbeiter beträchtliche Geldmittel zur Verfügung. Obwohl sich die Vorsehung der seit längerer Zeit bestellten Rotationsmaschine verweigert, hoffen unsere Elbinger Freunde doch, ein eigenes Blatt Mitte Oktober herausbringen zu können. Die Redaktion hat Genosse Schröder übernommen, der während des Krieges gemahnter Redakteur der „Danziger Volkswacht“.

Die Wohnungsfrage in der Nationalversammlung.

Die gestrige Sitzung begann — wie in der Regel Dienstag und Freitag — mit dem feinen Frage- und Antwortspiel. Es wurde dann in der Beratung des Gesetzes zum Schutze der Bezüge von Militärverordnungsgeheimnissen fortgesetzt. Genosse Koenen kennzeichnete das Gesetz als ein solches zur Bekämpfung schamloser Ausbeutungsmanöver. Es sei eine Schande für die kapitalistische Gesellschaft, daß ein Gesetz solcher Art nötig geworden sei. So großzügig sehe der Dank des Vaterlandes aus. Nur ein sozialistisches Gemeinwesen werde den Kriegskämpfern wirklich helfen. Es sei nicht erhabend, daß sich die Kriegsbeschädigten in den Ausschüssen wegen ihrer Ansprüche herum-schlagen müßten. Sie müßten dort selbst um die Pfennige, die ihnen zühören. Die Regierung solle auch nicht selbst durch Renten-ausschüssen die geringen Bezüge noch kürzen. Die zivilen und Anwartschaftsrentner leiden, wie tägliche Beschwerden beweisen, noch größere Not. Der Entwurf wurde an eine Kommission verwiesen.

Die Besprechung der Interpellation betr. weitere Mittel zur Errichtung von Kleinwohnungen ergab außer dem Hammer über die gewaltige Wohnungsnot die Ohnmacht der Regierung wie der Parteien, ihr gründlich abzuhelfen. Schöne Worte wurden genug gewechselt, aber die Toten werden ausbleiben, wie die Erklärungen der Regierungsbereiter, darunter des Reichsministers Schilde, nur zu deutlich erkennen ließen. Gen. Heine betonte, daß es der kapitalistischen Gesellschaft überhaupt nicht möglich sei, mit dem Problem fertig zu werden. Was von den Interpellanten gewünscht werde, seien Palliativmitteln. Es müsse aber mit allem Ernst die Sozialisierung des Wohnungswesens betrieben werden, andernfalls dürfe man sich nicht wundern, die vielversprochene „Unzufriedenheit“ der Arbeiter gerade infolge des Wohnungselends noch gewaltig wachsen zu sehen.

Der Sitzungsbericht.

10. Sitzung Freitag, den 3. Oktober 1919.

Eingegangen ist eine Vorlage zur Abänderung des Monopolgesetzes.

Es folgen einige kleine Anfragen. Abg. Dr. Nieber (D. Sp.) weist darauf hin, daß der frühere Ministerpräsident Scheidemann in Rassel erklärt habe, er habe an der Ablehnung des Friedensvertrages festgehalten, weil er auf Grund sehr wichtiger Berichte aus dem Auslande geöffit habe, daß einige Wochen der Weigerung genügen würden, um eine gründliche Revision des Vertrages herbeizuführen. Der Anfrager bittet um Auskunft über diese Berichte.

Geheimer Legationsrat von Kelle: Die Reichsregierung weiß nicht, worauf Herr Scheidemann seine Neußerungen stützte. Abg. Dr. Nieber (D. Sp.): Ist der Regierung nicht bekannt, daß Herr Scheidemann seine Neußerungen auf die Berichte deutscher Gesandten gestützt hat?

Geheimer Legationsrat von Kelle: Ich nehme an, daß der Minister des Auswärtigen, der leider dringend verhindert ist, im Auslande für auswärtige Angelegenheiten nähere Auskunft geben wird.

Die Einfuhrzölle in Gold.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation des Abg. Dr. Heine (D. Sp.) betr. Zahlung der Einfuhrzölle in Gold. Reichsfinanzminister Erzberger: Es stehen Verhandlungen mit den Alliierten, um das deutsche Gesetz in Anwendung zu bringen. Die Verhandlungen werden in Kürze aufgenommen werden. Vor ihrem Abschluß ist es unmöglich, eine Erklärung abzugeben.

Arbeitslohn und Militärversorgung.

Die erste Beratung des Gesetzesentwurfs, wonach Militärversorgungsberechtigten auf das Arbeitslohn nicht angerechnet werden dürfen, wird fortgesetzt. Abg. Koenen (U. Sp.): Das Gesetz beweist, daß es mit den Dank des Vaterlandes nicht weit her ist. Solange wir mit dem Kapitalismus nicht Schluss machen, ist es nicht möglich, eine wirklich geführte Versorgung der Kriegsberechtigten zu schaffen. Da uns herrscht nicht Demokratie, sondern Bürokratie. Die Vo-

Jimmie Higgins.

Roman von Upton Sinclair.

Aus dem Manuskript übertragen von Germinia zur Mühle.

Jimmie hatte für einige Tage seine Arbeit eingestellt und sich damit beschäftigt, die Plakate der Versammlung in Bureaus und Warenhäuser zu schmuggeln. Der alte schottische Landagent auf der anderen Seite der Straße hatte ihn zum Teufel gejagt, und Jimmie war der Aufforderung nachgekommen. Dann hatte er sich, sein Leben in die Hand nehmend, in die Nationalbank geschlichen. Auf dem Korridor begegnete er einem Herrn, trat auf ihn zu und hielt ihm das Plakat mit dem Bildnis des Kandidaten hin. „Würden Sie die Güte haben, dies in Ihrem Fenster anzuhängen?“ Der Herr betrachtete kalt das Plakat, dann lächelte er, er schien ein guter Kerl zu sein. „Ich glaube kaum, daß Sie unter meinen Kunden Gönner finden werden.“ Jimmie versuchte ihm einige Bitten aufzuzwängen, er möge in die Versammlung kommen und etwas über den Sozialismus lernen. Und — unglaublich, aber wahr — der Herr rückte mit einem Dollar heraus. „Später erfuhr ich“, — sagte Jimmie — „daß dieser Mann Alton Chalmers, der Bankdirektor, ist.“

Jimmie hatte nicht die Absicht, von sich selbst zu sprechen, er wollte bloß den müden Kandidaten zerstreuen, dessen Gedanken von einer kriegerischen Welt ablenken. Dem Kandidaten wurden jedoch während des Zuhörens die Augen feucht. Er betrachtete die vor ihm stehende Gestalt — ein gebeugter, unterernährter kleiner Mann, die eine Schulter etwas höher als die andere, ein vertrauter, kaffeefleckter brauner Schnurrbart, hüßliche schwarze Zähne, abgearbeitete Hände, in die sich Schmutz und Öl derart eingestrichelt hatten, daß jedes Winken offensichtlich bloß ein Zeitverlust gewesen wäre. Die Melodie schäbig und formlos, der Fellwollstricken gelungener, die Strawatte schier ein Festen. Im ganzen genommen ein Mann, an dem man auf der Straße achlos vorübergegangen wäre — und dennoch erkannte der Kandidat in ihm einen jener verborgenen Geister, die eine Bewegung ins Leben rufen, welche die Welt verändern wird.

V.

„Genosse Higgins“ — sagte der Kandidat noch einer Weile — „wollen wir nicht entfliehen?“

Jimmie machte ein bestürztes Gesicht. „Wieso? Wem?“

„Ich meine, dem Komitee, dem Meeting, allem“, dann den Schrecken auf den Lippen des anderen bemerkend —

„Ich meine ja bloß, wir sollen einen Spaziergang auf das Land hinaus machen.“

„Ob!“ — murmelte Jimmie.

„Ich sehe das Land stets durch die Eisenbahnfenster, komme monatlang nicht aus der Stadt. Und bin dabei auf dem Lande aufgewachsen. Wo haben Sie Ihre Jugend verbracht?“

„Heberoll“ — entgegnete der kleine Maschinist.

Sie erhoben sich und zählten jeder dem Wirtschaftsbefitzer zehn Cent. Jimmie vermochte der Verlockung nicht zu widerstehen, seinen Felder vorzustellen und einem frommen Katholiken zu beweisen, daß ein Sozialistenführer weder Pferdehuf noch Hörner habe. Dem Kandidaten war es nichts Neues, zu ähnlichen Zwecken vorgestellt zu werden; er fand einige herabliche, aufdringliche Worte, deren er sich schon an die zehntausendmal bedient hatte, und die bewirkten, daß der fromme Katholik sich auf der Versammlung einzufinden versprach.

Sie verließen die Wirtschaft; aus Furcht, ein Mitglied des Komitees könnte die Hauptstraße entlang kommen, führte Jimmie seinen Gefährten in ein Nebengäßchen, und sie schritten an der Glasfabrik vorbei, von der bloß ein hoher Bretterzaun zu sehen war, über die Geleise der Atlantik-Western-Bahn, an der Teppichfabrik, einem hohen vierzehnstöckigen Ziegelfaßten, entlang. Von da ab wurden die Holzschuppen pärlischer, unebener Boden streckte sich aus, Aischenhaufen ragten auf, und die ersten Bauernhöfe kamen in Sicht.

Der Kandidat hatte äußerst lange Weine, während die Jimmies so kurz waren, daß er schier laufen mußte, um Schritt zu halten. Die Sonne brannte auf die beiden nieder, Schweißtropfen rannen unter des Kandidaten Strohhut hervor, auf den Kragen, der sich erweichte, herab; er zog den Rock aus, hing ihn über den Arm und ging noch schneller als zuvor. Jimmie rannte neben ihm her, wagte kein Wort, denn er erriet, daß der Kandidat über die Weltkatastrophe nachdenke. Über die Millionen innerer Männer, die zur

Schlachtbank marschierten. Auf den Plakaten, die Jimmie in Leesville verteilt hatte, waren zwei Strophen abgedruckt, die Americas Lieblingsdichter geschrieben hatte:

„Das gültigste Herz, das zwischen uns und dem Himmel lag geschloßen.“

So schritten sie etwa eine Stunde dahin, und nun befanden sie sich tatsächlich auf dem Lande. Sie erreichten eine Brücke, die über die See führte. Der Kandidat blieb plötzlich stehen, blickte in das Wasser und nach den grünen Äsken und großen Weiden, auf denen Kühe grasen. „Dort scheint es schön zu sein“ — meinte er — „steigen wir zum Fluß hinunter.“ Sie kletterten über einen Baum, strebten den Fluß entlang, der mit einer Biegung die Straße abseits liegen ließ.

Sie ließen sich ans Ufer, wuschen den Schweiß vom Stirne und Nacken und starteten in die schimmernden Fluten. Der Fluß war nicht gerade kristallhell; dies Wunder zu vollbringen, wenn sich auf alle zehn Meilen am Flußufer eine Stadt befindet, aus deren Fabriken alle Chemikalien in das Wasser strömen, geht selbst über die Stärke der Mutter Natur. Doch kann ein Fluß gar nicht so schmutzig sein, um nach einem Biermeilen-spaziergang nicht verlockend anzumuten. Der Kandidat wandte sich Jimmie zu und fragte schier übermütig: „Genosse Higgins, sind Sie je im Freien geschwommen?“

„Freilich.“

„Wo?“

„Heberoll, ich habe zehn Jahre lang auf der Landstraße gelebt — bis ich heiratete.“

„Nun,“ — meinte der Kandidat lächelnd — „haben Sie Lust?“

„Natürlich.“

Jimmie war schier außer sich vor Ehrfurcht und Freude über die gültige Kameradschaftlichkeit, die ihm der Feld seiner Träume erwies. Bisher war dieser Mann für ihn reiner Geist gewesen, die Quelle proletarischer Inspiration, ein übernatürliches Wesen, das durchs Land ziehend von Nebentribünen aus die Seele der Menge beherrschte. Niemand hätte Jimmie davon gedacht, der große Mann könne einen nackten Körper haben und munter im kalten Wasser plätschern, wie ein Knabe, der die Schule geschwänzt hat. (Fortsetzung folgt.)

... müssen nun so zu ihrem Recht kommen, wie die übrigen Kriegsbeschädigten. Die Vorlage wird dem Ausschuss überwiesen.

Wohnungsfragen.

Auf der Tagesordnung steht dann die Interpellation Bachhorst (D. Nat.), betr. Bewilligung weiterer Mittel zur Errichtung von Altmietwohnungen.

Abg. Bachhorst (D. Nat.): Der Staat hat die Pflicht, auf dem Gebiet der Wohnungsfürsorge finanziell einzugreifen. Es ist so schlimm, daß man nicht mehr von einer Wohnungsnot, sondern von einem Wohnungsbeland sprechen muß. Diese Frage kann nur gelöst werden, wenn das Reich, die Länder und die Gemeinden zusammenwirken. Die bisher hierfür ausgeworfenen Mittel genügen nicht; es sind weit größere Opfer nötig. Von der ganzen bisher ausgegebenen Summe haben die kleinen Städte nur ein Zwanzigstel erhalten. Neunzehn Zwanzigstel sind für den Wohnungsbau in den Großstädten aufgewendet worden. Der Wohnungsbau in kleinen Städten, und vor allem in Bergwerksorten, ist wichtiger, als in den Groß- und Industriestädten. Wenn wir den Bergwerks- und Grubenarbeitern einwandfreie Wohnungen schaffen, wird das zur größeren Arbeitsfreudigkeit beitragen.

Arbeitsminister Schilde: Die Regierung ist bestrebt, auf dem Gebiete der Wohnungsfrage alles zu tun, was zu tun in ihren Kräften steht. Sie hat

die Hauslostrugschüsse von 500 Millionen Mark um 150 Millionen Mark erhöht,

aber auch dieser Betrag reicht nicht aus, um auch nur die dringendsten Bedürfnisse zu erfüllen. Dieser Weg kann schon aus Mangel an Mitteln nicht zum Ziele führen. Der besonders großen Wohnungsnot in den besetzten Gebieten ist sich die Regierung bewußt, und wird zur Abstellung dieser Mängel selbstständig vorgehen. Die Wohnungsfrage ist in den Großstädten am dringendsten. Der Bau von Wohnbauten soll ganz wesentlich gefördert werden. Doch auch dadurch wird leider keine durchgreifende Abhilfe geschaffen werden können.

Abg. Müller (Soz.): Die Bewilligungen sind unvollständig. Staat und Reich müssen helfen. Nach unseren Informationen ist von dem bewilligten Geld nicht mehr vorhanden. Private sind heute nicht mehr in der Lage, zu bauen, sondern nur größere Verbände, die vom Staat und von den Behörden Zuschüsse erhalten. Doch auch diesen fällt es heute schon schwer, zu bauen, weil das Material fehlt. Holzbauten gehen am schnellsten. Allerdings nur für kleine Wohnungen, am besten in Vororten. Es müssen Musterbauten ausgeführt werden. Mit den bisher zur Verfügung gestellten Summen kann der Wohnungsnot nicht abgeholfen werden.

Es sprechen noch Abg. Schirmer (Str.) und Abg. Kumm (Dnat.), worauf der Reichskommissar für das Wohnungswesen, Unterstaatssekretär Schmidt, darlegt, die Verhandlungen mit dem Finanzministerium haben sich immer so verzögert, daß es nicht gelungen ist, schnell neue Mittel bereit zu stellen. Daraus sind Verbote. Die Rohlennot wird noch größer werden, da die Industrie künftig 50 Prozent weniger Kohlen zur Verfügung gestellt werden. Um so mehr muß mit Ersatzmaterial gebaut werden. Holzbauten stellen sich zu teuer. Mit Wohnbauten hat man bessere Erfahrungen gemacht. Auch über die nachträglich bewilligten 150 Millionen Mark ist bereits reiflich verhandelt worden. Auch ich bin für die Ausschaltung von Mietlostrugschüssen. (Beifall.)

Abg. Henke (U. Soz.): In erster Linie leidet die Arbeiterschaft unter der Wohnungsnot. Das gesamte Wohnungswesen muß sozialisiert werden. Die Gemeinden müssen allen Grund und Boden erwerben, es gegen Entschädigung.

Nächste Sitzung Sonnabend, 1 Uhr. Schluß 5 Uhr.

Aus den Kommissionen.

Die Kommission für Volkswirtschaft stimmt einer Verordnung zu, welche eine Abgabe von Konjunkturgewinnen im Schuh- und Lederhandel vorsieht. Ein Antrag Göttsche, der die Aushebung der Zwangswirtschaft im Seifengewerbe anstrebt, wurde abgelehnt, nachdem der Regierungsvorsteher und der Vertreter der U. S. P. sich gegen diesen Antrag gewandt hatten. Ein weiterer Antrag, die Zwangswirtschaft in der Zuleistfabrikation aufzuheben, erledigte sich nach einer Erklärung der Regierung, daß die Zwangswirtschaft dort so gut wie aufgehoben sei.

Im Ausschuss für Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft wurden Sachverständige gehört. Morgen soll die Generaldebatte beginnen, in der zunächst die Regierung ihre Antwort auf die ihr nicht immer angenehmen Gutachten der Sachverständigen geben will.

Brennliche Landesversammlung

60. Sitzung, Freitag, den 3. Oktober.

Beisitzer Reinerth eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Min. Das Haus erledigt zunächst keine Anträge.

Zu einer Anfrage des Abg. Ratschewitz (D. Nat.) über die Steigerung des Nahrungsmittelangebots und der Wohnungsnot durch jüdische Flüchtlinge aus Galizien und Polen erklärt die Regierung, daß die Maßnahmen darüber übertrieben sind. Es besteht die Möglichkeit zur Abschiebung lästiger Ausländer. Davon Gebrauch zu machen, empfiehlt sich aus militärischen Gründen nicht, wenn es sich um Flüchtlinge handelt, die der Wohnungseinrichtung im polnischen Heere entgegen wollen. Flüchtlinge vor polnischen Judenpogromen fliehen aus Gründen der Menschlichkeit nicht abgeschoben werden.

Es folgt die erste Beratung des Ausführungsgesetzes zum Reichsiedelungsgesetz.

Landwirtschaftsminister Braun: Die hochspannten Offnungen, die die Anknüpfung des Reichsiedelungsgesetzes gewirkt hat, werden nicht erfüllt, und der Land hunger der Bevölkerung nicht befriedigt werden können. Eine große Schwierigkeit bietet die Tatsache, daß die Siedelungslustigen nicht irgend eine beliebige Fläche, sondern ein Stück Land in der Nähe ihres Wohnortes verlangen. Die für die Siedelung erforderlichen Flächen sollen die Rumänen und der größte Privatbesitz von über 500 Hektar liefern. Die wichtigste Aufgabe bleibt aber die Finanzierung des Gesetzes. Reich und Staaten werden dafür erhebliche Mittel zur Verfügung stellen müssen. Keine Ausgabe kann aber produktiver und besser sein als die für Siedelungen. (Beifall.) Das Geld, das für diesen Zweck auszugeben wird, dient zum Wiederaufbau des ganzen Volkes. (Beifall.)

Die Abg. Dr. Sawitzmann (Zentr.), Schümer (Dem.), Rappes (Soz.) erklären die Zustimmung ihrer Parteien zu der Vorlage. Abg. von Riese (D. Nat.) widerspricht den Enteignungsbestimmungen.

Abg. Mehrhof (U. Soz.): Vieles wird an das Gesetz die Mission geknüpft, als ob es die Lösung der sozialen Frage bringe. Diese kräftigen Hoffnungen werden niemals in Erfüllung gehen. Das Gesetz bezweckt eine Überführung überschüssiger Industrieproletarier nach dem platten Lande und dadurch eine Steigerung der Lebensmittelproduktion. Tatsächlich wird die landwirtschaftliche Kleinrentiererei stark vermehrt werden. Das ist offensichtlich richtig, kann nicht gut behauptet werden. Die Anknüpfung einer größeren Anzahl kleiner Leute wird scheitern an den dazu erforderlichen Finanzmitteln und an dem Mangel an Baustoffen. Eine solche Siedelungsstelle erfordert mindestens 50 000 Mark. Auf diese Weise wird der Siedler vor dem Scheitern in drückende Schulden gestürzt, die er vielleicht bis an sein Lebensende nicht los wird. Die notwendige Rolle dürfte

eine weitere gewaltige Steigerung der Bodenprodukte sein. Das ist wohl auch der Grund, weshalb sich die Rechte besonders für das Gesetz ins Zeug legt. Wir aber wünschen einen baldigen und energiegelben Abbau der Preise.

Die Ernährungsfrage würde bei weitem nicht die verhängnisvolle Schärfe angenommen haben, wenn die ungeliebten Millionen, die früher für eine unsinnige Kolonialpolitik hinausgeworfen worden sind, zur Kultivierung des Raar- und Oedlandes verwendet worden wären. Die Fideikommissen sollten zu staatlichen Musterwirtschaften umgewandelt werden. Und die riesigen Ratskreditlinien, wie sie in Schweden und anderwärts vorhanden sind, sollten endlich in Gemeineigentum überführt werden. Aus allem geht hervor, wie wenig das Siedelungsgesetz den Anforderungen sozialistischer Agrarpolitik entspricht.

Damit schließt die Besprechung. Die Vorlage wird an den Siedelungsausschuss überwiesen.

Es folgt die Beratung der Verordnung vom 10. März 1919 über Familiengüter.

Abg. Graf von Rantz (D. Nat.): Die Rechtsverordnung ist nicht nötig gewesen. Der Redner begründet einen Antrag, entgegen der Verordnung in besonderen Fällen eine ordnungsmäßige Auflösung ohne Freiführung zuzulassen.

Abg. Dr. Berndt (Dem.) stimmt dem deutschnationalen Antrage zu, verlangt als Frist aber den 1. April 1920.

Abg. Mehrhof (U. Soz.): Die Aufrechterhaltung der Fideikommissen würde sich als ein schwerer volkswirtschaftlicher Fehler darstellen. Die Inhaber glauben vielfach, über dies ihr Vermögen nach Belieben verfügen zu können, ohne an die schwere Ernährungsnotlage des Volkes zu denken. Mit diesem Justus hätte die Revolution viel früher und gründlicher aufzuräumen müssen.

Die Besprechung schließt; der Antrag Berndt wird einstimmig, der Antrag Rantz gegen eine große Minderheit angenommen.

Es folgt die Beratung des Staatshaushaltplanes für die Verwirklichung der direkten Steuern. Die Uraunträge der Abgeordneten Bronowski (Zentr.) auf Steuernachlässe für linke-reiche Familien, Adolf Hoffmann (U. Soz.) auf Umgestaltung der Staatsrentenkommission und Haas (Soz.) auf Einschränkung aus Eingemeindungen herrührender Steuervorteile gehen ohne Aussprache an den Ausschuss.

Danach verläßt sich das Haus auf Dienstag 12 Uhr.

Die Kommunalisierung der Volksernährung.

Der Zusammenschluß der Arbeiter im Lebens- und Genusmittelgewerbe.

Aus dem Bureau des Volksrates wird uns geschrieben: Das Lebens- und Genusmittelgewerbe ist ein wichtiger und umfangreicher Faktor unseres Wirtschaftslebens. Einmal, weil ihm die Versorgung einer gesunden und gereizten Ernährung der Bevölkerung obliegt, andererseits aber auch, weil dieses Gewerbe mit seiner Produktion und seinem Handel die Erziehung für Hunderttausende Arbeiter und Angestellte vorstellt.

Trotz dieser hohen Bedeutung, die dieser wichtige Wirtschaftszweig für die Allgemeinheit hat, liegen die Verhältnisse hier sehr im argen. Abgesehen von einigen Genossenschaften befindet sich die Lebensmittelproduktion und auch der Handel vollständig in privatkapitalistischen Händen. Herstellung und Vertrieb der Lebensmittel weichen sich im großen Umfang in Tausenden von Kleinbetrieben und -geschäften ab. Dieser Zustand wirkt natürlich ungeheuer erschwerend auf die Kontrolle einer einwandfreien Herstellung und einer geregelten Verteilung der Lebensmittel. Die Erfahrungen der Kriegszeit, mit allen ihren Auswirkungen auf diesem Gebiet, haben eine große Erbitterung bei der Bevölkerung hervorgerufen. Ein Deter von Parasiten führt auf Kosten der notleidenden Bevölkerung ein behagliches Leben. Der Schleichhandel blüht und ist trotz der strengsten Maßnahmen nicht abzustellen, weil die Grundlagen für eine geregelte Wirtschaft auf diesem Gebiet vollständig fehlen.

Aber auch die Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten, Verkäuferinnen usw. ist gerade in diesem Gewerbe außerordentlich groß. Hier herrschen die schrecklichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Darum liegt es im Interesse der Allgemeinheit und der Angestellten insbesondere, daß für das gesamte Lebensmittelgewerbe energische Maßnahmen zur Kommunalisierung ergriffen werden. Das kann natürlich nur unter Anwesenheit von wirksamen in der Wege geleitet werden. Demgegenüber ist es ein dringendes Gebot der Stunde für die Arbeiter und Angestellten, die nötigen vorbereitenden Schritte zu treffen. Die Kommunalisierung des gesamten Lebens- und Genusmittelgewerbes wird von der werktätigen Bevölkerung Groß-Berlins dringend gefordert, und die drohende Katastrophe in der Ernährung in den kommenden Wintermonaten wird geheimerisch darauf hindrängen. Es muß darum die Aufgabe der Arbeiter und Angestellten dieses Gewerbes sein, für die gesamte Gruppe der Produktion und des Handels, sich zu einer einheitlichen Organisation zusammenzuschließen. Zur Zeit sind die Beschäftigten dieser wichtigen Wirtschaftszweige in ca. zehn Berufsorganisationen zerstückelt. Sehr häufig tritt es in Erscheinung, daß in einem Geschäft 4-5, ja manchmal noch mehr, Organisationen vertreten sind. Die bestehenden Arbeitervereine in Verbindung mit den Angestellten- und Arbeitervereinen haben daher die Pflicht, sich zu einer Arbeitsgemeinschaft des Lebens- und Genusmittelgewerbes zu vereinigen, um hierdurch eine Grundlage zu schaffen, die großen Aufgaben und Ziele für die Zukunft zu lösen.

In erster Linie müßten dann für die einzelnen Gruppen planmäßige Betriebs- und Berufsvereine geschaffen werden, die auf der Grundlage des vollen Mitbestimmungsrechtes sich den nötigen Einfluß in der Produktion und im Umsatz zu verschaffen hätten, um auf diesem Wege ein organisatorisches Fundament für die Kommunalisierung zu schaffen.

In dieser Arbeitsgemeinschaft würden sich die Arbeiter und Angestellten eine Kampforganisation schaffen um im gegebenen Falle den starken Widerstand der Interessentengruppen zu brechen. Aber auch die Berufsverbände müßten sich auf der Grundlage dieser Berufsvereine zu einem Industrie- und Gewerkschaftsbund vereinigen, um eine wirksame Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen.

Durch diesen Zusammenschluß des Lebens- und Genusmittelgewerbes, im Rahmen eines planmäßig aufgebauten wirtschaftlichen Ratesystems, würde für das werktätige Volk eine feste Machtposition geschaffen.

Zusammenschluß von Betriebsräten.

Aus Halle wird uns berichtet: Nachdem bereits die Arbeiter der chemischen Industrie und die Bergarbeiter in Mitteldeutschland sich eine starke Räteorganisation geschaffen haben, sind nun auch die Betriebsräte der Metallindustrie zu einem Bezirksgruppenrat in Halle zusammengelassen worden. Dieser tritt mit einem Aufruf an die Arbeiter und Angestellten seines Berufszweiges an die Öffentlichkeit, in dem noch kurzer grundsätzlicher Einleitung darauf hingewiesen wird, daß ein organisatorischer Aufbau der Betriebsräte dem Proletariat ein festes Gefüge geben müsse. Der Regionalgruppenrat fordert deshalb alle arbeitenden Kräfte der Metallindustrie des Bezirks auf, da, wo noch keine Betriebsräte gewählt sind, sofort zusammenzutreten und eine solche Körperschaft zu wählen. Diejenigen Orte

und Betriebe, in denen bereits Betriebsräte bestehen, sollen sich zusammen zu einer einheitlichen örtlichen Betriebsräteorganisation. Alle Betriebsräte im Bezirk werden sofort ihren Anschluß an den Bezirksgruppenrat in Halle, von wo aus Material und Anregung angefordert sind.

Dieser neue Schritt auf dem Wege zum völligen Ausbruch des Räte Systems zeigt, daß das mitteldeutsche Proletariat nicht gewillt ist, auf die Nationalversammlung zu warten, wenn es sein Betriebsräte einsetzt, deren Tätigkeit die Durchführung des Sozialismus ermöglichen soll.

Der Reichswirtschaftsminister und der Großhandel.

Auf der Tagung des Zentralverbandes des deutschen Großhandels in Berlin hielt der Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt am Donnerstag eine Rede über die Zukunft des deutschen Handels. Er stimmte erst im Klagefall an über den Rückgang des deutschen Außenhandels und die Verschlechterung der Ernährung des deutschen Volkes. Dann behauptete er, daß die außenpolitische Lage die Aufstellung eines Planes auf lange Sicht verhindere, denn wir kennen noch nicht die Entschuldigungsansprüche unserer früheren Gegner, und die Oken Europas sei noch Kampfgelände. Es bliebe also nichts weiter übrig, als sich den augenblicklichen Verhältnissen anzupassen. Der Valutarückgang sei ein internationales Problem unter dem fast alle kriegsführenden Staaten zu leiden hätten. Es könnten Auslandswaren nur in geringem Maße eingeführt, gegen ständen die gegnerischen Länder vor der Gefahr, mit billigen deutschen Waren überschwemmt zu werden. Er habe sich von ersten Tage seiner Amtszeit bemüht, den Handel von allen Hemmnissen zu befreien, denn er wisse, daß auch der Handel produktive Arbeit leiste. Der Minister machte dann folgende Angaben über die Entwicklung des deutschen Auslandshandels seit Abschluß des Waffenstillstandes.

Im Vergleich mit dem letzten Friedensjahr ist die Einfuhr der Menge noch sehr gering. Sie hatte im vergangenen Jahr noch nicht 20 Prozent der Mengen des Juli 1918 erreicht. Prozentual am höchsten standen hierbei neben den Lebensmitteln Getreide und Getreide, Rindfleisch, Papier, Ton- und Glaswaren sowie unedle Metalle. Ein ganz anderes Bild ergab aber die Einfuhr auf den Wert berechnet. Während im April der Einfuhrwert noch nicht 2 Prozent gegenüber dem April 1918 betrug, hatte er sich im Juli gegenüber dem Juli 1918 mehr als verdoppelt. Dieser Einfuhrhöhe stehen jedoch nicht die entsprechenden Ausfuhrmengen gegenüber. Seit April haben wir eine passive Zahlungsbilanz (kann man die Zahlen der amtlichen Statistiken, geschweige denn, was wir die unkontrollierten Einfuhren in Rechnung stellen. Im Juli hat der Einfuhrwert fast das Vierfache des Ausfuhrwertes betragen, wovon ja unsere Valutabewegung ein deutliches Zeichen gibt. Die Ausfuhrmenge betrug im Juli noch nicht den sechsten Teil der Mengen des Jahres 1918. Voron steht der Exporterzeugnisse der chemischen, keramischen, graphischen Werke, der Maschinenindustrie sowie mineralische Rohstoffe.

Zum Schluß ging Schmidt auf die Forderungen nach völliger Aufhebung der Handelsbeziehungen ein. Er erklärte, daß es nicht möglich sei, die Anlehnung des Innenmarktes an den Weltmarkt des Weltmarktes würde volkswirtschaftlich und politisch von katastrophaler Wirkung sein. Das allmähliche Erweichen der Produktionsmitteln dürfe auf keinen Fall durch überreife Exporte gesteigert werden. Der Handel müßte sich bemühen, die sozialen/Frieden im Lande wiederherzustellen und zu bewahren, dann würden wir auf sicherem Boden den Aufbau vollziehen.

In der ganzen Rede dieses „Sozialisten“ sucht man vergeblich auch nur die Spur eines sozialistischen Gedankens. Er hat seine Antisozialität so sehr auf die Ansprüche des Kapitalismus eingestellt, daß er nur noch den einen Wunsch hat, den „sozialen Frieden“ herzustellen. Wolf und Lamm, Kapital und Arbeiter, Unternehmer und Proletariat zu veröhnen. So muß ihm die Verwirklichung des Sozialismus als eine Utopie erscheinen. Die Forderungen der Arbeiter nach Ueberführung der Produktion auf sozialistische, gemeinwirtschaftliche Grundlagen ist für ihn vollkommen undiskutabel. Er erntet mit solchen Ausführungen die Beifall der kapitalistischen Kreise, um so weniger wollen also die Arbeiter von seiner Politik wissen.

Die Reichskonferenz für sozialistisches Bildungswesen.

Dur Beurteilung der freien Reichskonferenz für sozialistisches Bildungswesen wird uns noch geschrieben:

Die Aufsicht in der Sonnenloggennummer der „Freiheit“, welcher die freie Reichskonferenz für sozialistisches Bildungswesen eine nur abweichenden Artikel unterzogen wird, möchte nicht ganz unüberprüfbar lassen. Ich sehe den Grund für den unzulässigen Mißbrauch der Zeitung in der ganz ungenügenden Vorbereitung. Man war über den Kreis der Veranstalter und die Absichten der Veranstaltung so wenig und so spät orientiert, daß schon dieser Umstand für vielbeschäftigte Leute eine intensive Teilnahme an mehreren Vor- und Nachmittagen verbot. Das Ganze machte den Eindruck einer Improvisation. Es ist gut, daß das proletarische Element verhältnismäßig stark vertreten war, weil ich nicht, jedenfalls sag das, daß ich nicht in der Absicht der Veranstalter; die Gruppe, die sich hier als Reichskonferenz aufgelöst hat, für diesen Zweck viel zu klein. Ein beachtlicher Teil hätte einen großen Teil der Kritik entworfen. Die Veranstalter hätte nicht als vorbereitende Konferenz bezeichnen sollen, das wäre weniger, sondern mehr gewesen.

Durch die Kritik der Aufsicht aber wird das Gut, das die Konferenz haben kann, auch noch gefährdet: die Bildungswesen zwischen den am sozialistischen Erziehungs- und Bildungswesen

Demnächst erscheint:
Eichhorn
über die Januar-Ereignisse
2.- Mark.
Vorausbestellungen erbitten sofort!
Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H.
Abt. Buchhandel. Berlin NW 6

interessanten Kreisen. Es gilt die gesonnenen Kräfte fest zu halten, nicht zu zerstreuen. Ich hoffe, daß die nächste Reichskonferenz für sozialistisches Erziehungs- und Bildungsweesen" beiseite wird auf der breiten Basis einer gründlichen Vor- und Zusammenarbeit der sozialistischen Lehrerschaft mit dem Kreise der freien Hochschullehrer, dem Arbeiter-Elternbunde, den sozialistischen Jugend- und Studentengruppen usw. Dann werden die im Bunde nicht mehr Beachtung finden, als ihnen auf einer Tagung zukommt, in der es sich um Mobilisierung und Mobilisierung der erzieherischen Kräfte des Proletariats und deren Handeln, die sich rücksichtslos mit ihm in eine Kampffront stellen. Frey Ausländer.

Gewerkschaftliches.

Die Delegiertenwahlen der Metallarbeiter in Frankfurt a. M.

Nach den allgemeinen Wahlen am 17. 8. jubelt die rechtssozialistische Presse: „Rechtssozialistischer Sieg. Die Liste Dörmann (N. S. P.) unterlegen.“ Das stimmt nicht. Hätte das Wahlkomitee alle Wahlmänner der Reichsliste frei passieren lassen, wären 3 N. S. P. und 2 Rechtssozialisten gewählt worden. Doch nach dem Wahlreglement mußten die auf rechtssozialistische Kandidaten entfallenden Stimmen wegen unzulässiger Wahlplatzierung für ungültig erklärt werden. Darauf Protest von rechts. Der Hauptvorstand löste sich nun nicht nur die gesamte Wahl, sondern „ordnete an“, daß zur Neuwahl 4 rechtssozialistische Mitglieder, die bei der Kandidatenausscheidung der Mitgliederversammlung durchgefallen, namentlich als Kandidaten mit auf den Stimmzettel zu übernehmen seien. Nach diesem „demokratischen“ Handreich des Hauptvorstandes standen fünf N. S. P. D. und 3 rechtssozialistische Kandidaten gegenüber. Die Neuwahl brachte eine außerordentliche Wahlbeteiligung und als Ergebnis die Wahl sämtlicher fünf Kandidaten der Opposition, an ihrer Spitze Gen. Dörmann, den die Scheinsozialisten durch einen mosenlangen, wunden Feldzug unter allen Umständen zu Fall bringen wollten, was ihnen aber nicht gelungen ist.

Städtische Arbeiter oder Straßenbahner?

Der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband (G. A. V.) und die Städtischen Arbeiter oder Arbeiter des Arbeitgeberverbandes deutscher Straßenbahner und Kleinbahner (A. S. B.) streift die Streitfrage über die rechtliche Stellung der städtischen Straßenbahner. Der A. S. B. streift sich zu einem klaren Konflikt der Arbeiter mit dem Magistrat Berlin auszuwickeln. Als im Frühjahr 1919 die Richtlinien für den Abschluß von Tarifverträgen zwischen den Gemeinden und dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter vom Stadtag vereinbart wurden, wurde auf Antrag des Arbeitgeberverbandes und des Deutschen Transportarbeiterverbandes die Straßenbahner von der Wirksamkeit dieser Tarife ausgeschlossen, damit Platz für besondere Tarifabschlüsse zwischen dem Arbeitgeberverband und dem Transportarbeiterverband für die Straßenbahner bliebe. Dies wäre nun an sich nicht zu bemängeln, wenn nicht die Tatsache bestände, daß Straßenbahner bestehen, die sich in kommunaler Verwaltung befinden. Diese Tatsache hatte nun die Wirkung, daß bei Abschluß des Tarifes für die Straßenbahner zwischen dem Arbeitgeberverband und dem Transportarbeiterverband auch ein Tarif 2 für das technische Personal aufgestellt wurde, der das technische Personal der städtischen Straßenbahnen Berlins, ohne es zu betreffen, ganz und gar unter diesen Tarif stellte. Dies hatte zur Folge, daß das technische Personal der städtischen Straßenbahnen, das solange als städtische Arbeiter galt, von ihrem natürlichen Arbeitgeber, der Kommune, losgelöst und einem kapitalistischen Konzern, dem Arbeitgeberverband, mit Haut und Haaren angeschlossen wurde. Der nun ohne Betragen des daran beteiligten technischen Personals ganz und gar unter diesen Tarif gestellt wurde, zeigte sofort, daß er der Beschäftigten nicht das bieten konnte oder wollte, was in dem zwischen der Stadt Berlin und dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter abgeschlossenen Tarif schon durchgeföhrt war. Besonders interessant ist noch, daß dieser Zwangstarif für das technische Personal der städtischen Straßenbahnen genehmigt war vom Deutschen Transportarbeiterverband und dem Deutschen Metallarbeiterverband. Der erstere hat unter dem oben erwähnten Personal gar keine oder eine ganz verhältnismäßig Anzahl Mitglieder, während der Metallarbeiterverband sich ein Drittel der organisierten Beschäftigten umfaßt. Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, der über zwei Drittel des technischen Personals organisiert ist, hat bei dem ganzen Tarifwerkstatt überungen worden, wohl in der meisten Voraussicht, daß er sich doch nicht an einem Tarifwerk beteiligt hätte, dessen Richtlinien vom Arbeitgeberverband unter Ausschaltung der Mitglieder ausgehandelt wurde.

Nun verlangt das technische Personal der städtischen Straßenbahnen wieder die Gleichstellung mit den anderen städtischen Arbeitern. Es lehnt jede Anerkennung des Arbeitgeberverbandes ab und hat diese Auffassung allen an diesem Tarifwerk beteiligten Instanzen zur Kenntnis gebracht. Wenn nun der Magistrat Berlin sich nicht entschließen kann, diese unter der maßgeblichen Mitwirkung des städtischen Straßenbahndirektors Dr. Ing. Dietrich und des früheren Delegierten Stadtrat C. Borjig zustande gekommenen Abspaltung einer Gruppe städtischer Arbeiter rückgängig zu machen, so würde das zu den schärfsten Verwicklungen führen. Es muß dem technischen Personal der städtischen Straßenbahnen die Möglichkeit gegeben werden, ihre Forderungen um zeitweiligen Lohn und Erweiterung der sozialen Rechte gemeinsam mit den städtischen Arbeitern zum Oktober geltend zu machen. Das technische Personal der städtischen Straßenbahnen verlangt also auf dem schnellsten Wege für das Werkstattpersonal ungünstigste Erklärung des Tarifes II des Arbeitgeberverbandes und Anerkennung der gleichen Rechte wie alle andere städtischen Arbeiter. Das kann in einer Kommune wie Berlin, in deren Stadtverordnetenversammlung die Sozialdemokratie die Mehrheit hat, nicht schwer fallen.

Wenn die Austragung dieses Streitfalles in den nächsten Tagen Berlin wieder in eine Verkehrsmisere stürzt, so liegt das wieder einmal an der berühmten „Inflationspolitik“ des Magistrats, der entweder an diese Frage nicht herangehen will oder vor dem Streikzettel des Arbeitgeberverbandes zurückweicht.

Jede Verschleppung der Angelegenheit muß die schwersten Folgen nach sich ziehen.

Arbeiterfeindlicher als die Unternehmer.

Bei den Verhandlungen, die kürzlich in Halle zwischen den Gewerkschaften und den Vertretern der mitteldeutschen Brauereibergarbeiter wegen Abschluß eines neuen Tarifvertrages stattfanden, war auch ein Vertreter des Bezugsbergsarbeiterverbandes Halle erschienen, hinter dem fast die gesamten Beschäftigten stehen. Die Bezugsbergsarbeiter des Bezugsbergsarbeiterverbandes an den Verhandlungen abwesend, aber mit dieser Erklärung gab man ihnen erneut eine Handhabe, einen Beschluß auf Ausschaltung des Bezugsbergsarbeiterverbandes zu fassen. Die Erklärung der Verhandlungsstellen war für die Übergabe der Arbeit der Anwesenden ein klarer Beweis, daß die Bezugsbergsarbeiter des Bezugsbergsarbeiterverbandes auf ein Scheitern der Verhandlung hin-

arbeiten. Die Vertreter der meisten Belegschaften erklärten im Austrage ihrer Mandatgeber, ohne den Bezugsbergsarbeiterverband nicht an den Verhandlungen teilnehmen zu wollen. Bei solchem Verhalten der Verhandlungspartner ist es allerdings nicht demütigend, wenn der sozialistische Versuch weiteren Boden findet.

Streik in der Binnenschifffahrt.

In Kassel-Oberhafen O.-S.H. haben sämtliche Schiffsamtschiffen die Arbeit eingestellt. Sie fordern die Anerkennung ihrer Organisation, des Verbandes der Binnenschiffer, der beim Abschluß des Kollektivvertrages nicht mitgewirkt hat.

Heute, am 4. Oktober finden vor dem Arbeitsministerium Verhandlungen statt, wo die gesamten Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Schifffahrt, unter Hinzuziehung des Verbandes der Binnenschiffer, neu geregelt werden sollen. Vielleicht gelingt es dadurch, den Streik in Kassel, der eine Störung in der Holzangabe bedeutet, schnell zu erledigen.

Lohnbewegung der Berliner Müllkäufer.

Und wird geschrieben: Nachdem im April mit der Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Grundbesitzer ein Abkommen vereinbart wurde, daß am 1. Oktober ein Zweifahrensystem bei achtstündiger Arbeitszeit eingeföhrt werden sollte, stellt sich die Wirtschaftsgenossenschaft jetzt auf den Standpunkt, daß gegebene Versprechen nicht halten zu brauchen. Der Arbeiter-Ausschuß gab sich jede erkennbare Mühe, den Streit auf gutem Wege beizulegen, fand aber bei der Wirtschaftsgenossenschaft kein Entgegenkommen, so daß der Streitfall dem Schlichtungsausschuß übergeben wurde.

Das von der Direktion geforderte Arbeitspensum wurde von den Müllkäufern und Schaffnern am 1. Oktober in zwei Rubren bewilligt. Trotzdem verlangt die Wirtschaftsgenossenschaft aus unbegreiflichen Gründen, daselbe Pensum in drei Rubren zu erledigen. Ein dreimaliges Fahren würde die achtstündige Arbeitszeit bei weitem hinaus überschreiten, was aber bei der schweren und äußerst schmutzigen Arbeit ein unbilliges Verlangen wäre.

Die Arbeitnehmer konnten infolge des geschlecht vorgeschriebenen Achtstundentages diesem Verlangen nicht entsprechen und sind deshalb von der Geschäftsteilung ausgesperrt worden.

Die Bauern- und Mühlenarbeiter fordern eine Feuerungssteigerung von 30 Mark und außerdem eine Wirtschaftsbefreiung von 300 Mark. Bei den Verhandlungen erklärten die Arbeitnehmer, ohne Erhöhung des Bierpreises nicht imstande zu sein, den Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen. Mit dem Biererhöhungssatz werde verhandelt um Inverierung von mehr Geld und Erlaubnis zur Bierpreisänderung. Die geforderten Lohnaufhebungen würden ca. 12 Millionen Mark betragen. Die Arbeiter verlangten 14 Tage Zeit, um diese Angelegenheit zu erledigen. In einer Funktionärversammlung, in der H. D. B. über die Verhandlungen berichtete, wurden in der Debatte gegen diesen Wunsch erhebliche Bedenken geltend gemacht und dieser als eine Verschleppungstaktik der Unternehmer gekennzeichnet. — Der Rohstoffmangel werde benutzt, um die Arbeiter in ihrem Einkommen durch Kautschuk von 2-3 Tagen in der Woche zu schädigen. Das Bier sei so schlecht, daß dem Publikum ein höherer Preis nicht zugemutet werden könne. Ein Antrag, den Arbeitnehmern ein Ultimatum von 48 Stunden zu stellen, wurde abgelehnt, dagegen ein Antrag angenommen, der die Organisationen verpflichtet, in nachmögliche Verhandlungen mit den Arbeitgebern einzutreten und auf dringende Durchführung der Zulagen zu bestehen.

Die Lohnbewegung im Hüttenbergewerbe Groß-Berlins ist durch Verhandlungen beendet worden. Der Stundenlohn wurde auf 8,25 Mark erhöht, bei Bierlohn, Lagerlohn und Vorkosten aus allem neuem Holz auf 3,50 Mark, Hilfsarbeiter an Maschinen erhalten 2,75 Mark, sonstige Hilfsarbeiter und Hofarbeiter 2,50 Mark. Der Tarif wird bis zum 31. Dezember 1919.

Achtung! Bauarbeiter! Der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission hat beschlossen, die im Streit befindlichen Metallarbeiter durch Sammlungen zu unterstützen. Das erforderliche Material für diese Sammlungen kann vom Montag den 8. Oktober ab durch die Versammlungen im Bureau des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes, Engelstraße 15, Zimmer 61, in Empfang genommen werden. Der Vorstand.

Eine Branchen-Versammlung der Alben-, Mappen- und Gasometer-Branchen hat mit Zweidrittel-Mehrheit die Verteilung an dem Reichstaxif für die Lederwaren-Industrie abgelehnt. Durch diesen Beschluß ist erklärt, daß die Branche dem Reichstaxif für Buchbinder und verwandte Berufe angegeschlossen werden will. Als Richtlinien gelten für sämtliche Vertriebsleute und Mitglieder folgende Lohnforderungen, die sich aus den bisherigen Verhandlungen ergaben und ab 1. Oktober zu gelten sind: Arbeiter, die im ersten Vierteljahr 1,20 Mark, im zweiten 1,30 Mark, im dritten 1,40 Mark, im vierten 1,50 Mark, nach dieser Zeit den Tariflohn von 2,76 Mark. Ungeübte Arbeiterinnen unter 16 Jahren erhalten inf. 46 Proz. Orts- und Feuerungszuschlag im ersten Vierteljahr 80% Pf., im zweiten Vierteljahr 81% Pf., im dritten Vierteljahr 82% Pf., im vierten Vierteljahr 83% Pf. Ungeübte Arbeiterinnen über 16 Jahre erhalten inf. 45 Proz. Orts- und Feuerungszuschlag im ersten Vierteljahr 84% Pf., im zweiten Vierteljahr 85% Pf., im dritten Vierteljahr 86% Pf., im vierten Vierteljahr 87% Pf. Nach Ablauf dieser Zeit (ein Jahr) gilt die Arbeiterin als geübte für alle geübte Arbeiterinnen im ersten Jahr 1,31 Mark, im zweiten Jahr 1,45 Mark. Für selbstständig arbeitende Fertigmacherrinnen 1,74 Mark. Die übrigen Forderungen bleiben weiteren Beratungen mit den Arbeitgebern vorbehalten, wecks Einwirkung in den Reichstaxif für Buchbinder. Alle entstehenden Differenzen sind sofort der Branchenleitung zu melden, die jeden Donnerstag bei Bäckisch tagt.

Mit der Streiklage der in Armaturenherstellung beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigte sich eine überfällige Versammlung in den Sophienhöfen. Klar gab den Verhandlungen vor der Reichsberufsgemeinschaft. Trotzdem bei den Verhandlungen ein großer Teil der aufgestellten Forderungen fallen gelassen, war es bei der Hartnäckigkeit der Unternehmer nicht möglich, zu einer Einigung zu kommen. Diese wollen durchaus an der Dreigruppenlösung der Arbeiterinnen festhalten und haben folgendes Angebot gemacht: Für Männer 10 Mark, weibliche 2-3 Mark, für im Dunkelraum Beschäftigte 5 Mark pro Woche Zulage. Da in der Branche die niedrigen Löhne geachtet werden, bedeuten diese Zulagen für die durch den Krieg halbverhungerten Verursachenden einen Trost auf den heißen Stein. In der Debatte wurde scharfe Kritik an dem Verhalten dieser unsozialen Kapitalisten geübt und hervorgehoben, lieber noch ein paar Wochen länger zu hungern, als diese Sätze anzunehmen. Der Streik hat sich verschärft, da ein Teil der Streikenden gekündigt wurde, es befinden sich 1200 Arbeiter und Arbeiterinnen im Ausstand. Ein Teil der Unternehmer hat schon bemerkt, daß die Stimmung wurde das Angebot der Unternehmer gegen 6 Stimmen abgelehnt.

Die Härtenarbeiter und -arbeiterinnen hatten, nachdem durch den Streik es gelungen, einen Monteltarif abzuschließen, mit den Unternehmern noch die Akordpreise festzusetzen, ferner die Frage zu regeln, wer als gelernter Arbeiter und Arbeiterin gilt und die Ausführendbestimmungen festzulegen. Schwere waren die Verhandlungen, da die Arbeitgeber den Arbeitern, die schon höhere Löhne hatten, diese nicht auch so ausbessern wollten, daß sie den gleichen Stand zu den früheren Löhnen hätten. Nach längerem Verhandeln ist es gelungen, für Maschinenisten und Feiger den Lohn von 2,70 auf 2,80 Mark pro Stunde zu erhöhen.

Der Auffassung der Unternehmer, daß die Tarifkommission nicht das Recht hätte, höhere Löhne zu vereinbaren, wurde energig entgegengetreten. In der Firma Reinhard u. Köhler, einem gemischten Betrieb, wurde folgende Vereinbarung getroffen: Für Häcker, Bäcker, Metzger, Metzger, Bäcker 140 Mark, Maschinenisten und Chauffeure 145 Mark, Bäckerinnen 90 Mark, Helferinnen 60 Mark, Hausdiener und Hilfsarbeiter 110 Mark, nach 6 Monaten 120 Mark, Helfertinnen 61 Mark, nach 6 Monaten 69 Mark, jugendliche Helferinnen, 17-20 Jahre, 60 Mark, 14-17 Jahre 40 Mark, jugendliche Hausdiener und Arbeiter 50-60 Mark pro Woche.

Groß-Berlin.

Der Nebenverwerks-Schwindel.

Wiederholt haben wir das Treiben gewissenloser Menschen gegetzt, die sich nicht scheuen, aus der Notlage Erwerbsloser Kapital zu schlagen. Die zahlreichen Anzeigen in der Presse, die Darlehen „glänzende Existenzen“, „lohnenden Nebenverwerk“, „hohen Verdienst bei spielend leichten Geschäften“ und ähnliche Goldgruben anpreisen, sollten durchweg mit größter Vorsicht aufgenommen werden. Der denkende Leser wird sich selbst sagen, daß eine gute Erwerbsquelle heutzutage wahrlich nicht auf offenem Markt ausgedöht werden muß. Leider ist die Zahl derer, die nicht alle werden, immer noch sehr hoch. Oft wird aber auch das Interat bereit raffiniert abgefaßt, daß selbst der kritische Zeitungsleser der Täuschung erliegt. Geht man den Anpreisungen auf den Grund, dann offenbart sich, daß die „glänzende Existenz“ nur für den auf die Naivität der Notleidenden spekulierenden Geschäftsmann besteht.

Eine unserer Leserinnen meldete sich auf eine Anzeige, die schriftlichen Nebenverdienst bis 20 Mark täglich durch einen Herrn Robert Anton in Berlin N 58, Stargarder Straße 75, anpreist. Statt der angefügigen Arbeit wurde der Suchenden eine Broschüre zum Kauf angeboten, die allerlei schöne und weise Ratschläge über die Erlangung lohnender Nebenverdienste enthielt. Für diese 30 Text- und acht Illustrationsseiten umfassende Schrift, deren Lektüre zum Wohlstand und Reichtum führen soll, wurden zwei Mark abberiangt. Mit der Versicherung, die aus der Schrift ausgehende Beschäftigung dem Käufer zu vermitteln, gelingt es meistens, die teure und nichts sagende Broschüre an den Mann zu bringen. Natürlich wird aus der Vermittlung einer passenden und lohnenden Stelle nichts. Unsere Leserin rüde nun dem Herrn Anton auf die Fude. In seiner Angst wandte er sich an den Verleger der Broschüre, einem Herrn Cornelius Sammers, Frankfurt a. O. (Bezirksgeschäftsstelle des Erwerbsorgans „Fürs praktische Leben“, Kreissekretariat des Germania-Verbandes, Gemeinnütziger Verband zum Schutze der Erwerbs- und Nebenverdienstsüchtenden). Dieser vielseitige Herr gab dem bedrängten Verschleiher seiner Schrift folgenden Rat:

Wenn sich bei Ihnen Personen wegen schriftliche Arbeiten verständig melden, so versuchen Sie es zunächst, an diese Broschüre abzusetzen. Gelingt Ihnen dieses nicht, so empfehlen Sie diesen Leuten den Beitritt zum Germania-Verband. Dagegen vergeben wir an niemanden schriftliche Arbeiten. Wenn Personen, wie z. B. die von Ihnen erwähnte Frau, nach Bezug der Broschüre von Ihnen direkt schriftliche Arbeiten verlangen, so beweisen Sie diese Leute auf den Inhalt der Broschüre. In der Broschüre ist ja in erschöpfender Weise dargestellt, wie man zu den einzelnen Beschäftigungsarten gelangt. Mit dem Inhalt der Broschüre müssen Sie selbst gut vertraut sein. Wenn es dann Leute gibt, die zu bequem sind, die in der Broschüre gegebenen Ratschläge zu befolgen, sondern lieber sehen, daß ihnen ohne alle Umstände die Arbeiten auf den Schreibtisch gelegt werden, so kann man derartigen Leuten überhaupt nicht helfen, sondern muß dieselben ihrem Schicksal überlassen.

Damit ist die Praxis dieses „gemeinnützigen“ Germania-Verbandes zum Schutze der Erwerbs- und Nebenverdienstsüchtenden“ hinreichend beleuchtet. Es handelt sich also bei diesem gemeinnützigen Verbands um ein privates Unternehmen, das überall Agenten einsetzt, um die völlig wertlose Schrift zu einem Wunderpreise loszuschlagen. Man sollte diesem skrupellosen Unternehmen zur Ausbeutung der Erwerbslosen einmal am Ort des Stiebes näher auf die Finger sehen.

Die Arbeitsfindenden aber sollten bei Bedarf an Arbeit sich nur der von den Gewerkschaften geschaffenen oder von diesen überwachten städtischen Arbeitsnachweise bedienen. Wenn jeder Arbeiter und Angestellte diesen gewerkschaftlichen Grundsatz befolgen würde, dann wäre es mit den wirklich glänzenden Existenzen der Erwerbslosenparasiten bald zu Ende.

Das Lehrlingswesen in der Berliner Metallindustrie.

Im Gewerkschaftshaus fand am Donnerstag abend eine von der Jugendabteilung des Metallarbeiterverbandes einberufene Elternversammlung statt. Eine zweite Versammlung im Sophien-Gymnasium wurde von der Schuldirektion nicht zugelassen. Der Referent Reichner hielt einen lehrreichen Vortrag über die Verhältnisse im Lehrlingswesen Groß-Berlins. Besonders schlaglichte es in den Kleinbetrieben aus. Ein bis drei Schülern und 20 Lehrlinge sind keine Seltenheiten. Hier ist es den Unternehmern nicht um die Ausbildung zu tun, sondern nur um Ausbeutung dieser billigen Arbeitskräfte. Gibt es doch Wochenlöhne von 5, ja von 1 Mark. Andere Firmen lassen sich Ledergelder von 600-1000 Mark zahlen. Eine Firma in Wilmersdorf verlangt bei früherem Austritt Strafgeelder bis zu 1000 Mark. Auch der Beitritt zu Vereinen wird vielen Lehrlingen vom Unternehmer verboten. In einer Hochschule hat man kürzlich den Lehrlingen mit Entlassung gedroht, wenn sie eine Versammlung der Klempnerlehrlinge besuchten. Ein Lehrer kroch sogar mit dem Knüttel.

Auch die Ausbildung in den Kleinbetrieben ist meist eine sehr schlechte, z. B. werden in Fabriken, die nur Zahnräder anfertigen, angeblich Maschinenbauer ausgebildet. Hier müssen die Eltern sehr vorsichtig sein. Besser ist es in den Großbetrieben. So ist die Lehrwerkstatt in der A.G.W. Brunnenstraße musterhaft. Auch mit den Hüttenverhältnissen, mit dem Lohn und in der Ferienfrage sieht es hier besser aus. Vergleichenwert sind die psychologischen Methoden der Großfirmen bei der Prüfung auf Eignung, während sich in den Kleinbetrieben die Ungeeignetheit des Lehrlings oft erst nach drei Jahren herausstellt.

Zu fordern ist vor allem in der Jugendfrage die Einrichtung von staatlichen Lehrwerkstätten und eine Revidierung der Gewerbeordnung, die bis jetzt das Bestimmungsrecht über die Lehrlinge nur dem Unternehmer einräumt. Es müssen zentrale paritätische Verfassungskommissionen unter dem Vorsitz des Arbeitsministeriums gebildet werden. Auch der mittelalterliche Paragraph, der dem Unternehmer das Bücklingsrecht zuspricht, muß scharf beseitigt werden.

Wortwendig für die Lehrlinge ist der enge Anschluß an die Berufsorganisationen, die naturgemäß das größte Interesse am Nachwuchs haben. Für die Jugend sei seit der Revolution so gut wie nichts geschehen.

Die Diskussion war eine lebhaft und bedeu ein gutes Stück des Glanzes im Lehrlingswesen auf. Ein Vertreter der anwesenden Eltern machte Mitteilung von dem ungeheuren Andrang in der Metallindustrie, so daß jetzt schon die Großfirmen überhaupt keine Lehrlinge mehr einstellen. Der Vorsitzende Dänisch wies darauf hin, daß ein Streik der Metallarbeiter heute durch die ungeheure Zahl der Lehrlinge, die geradezu zur Streikarbeit gezwungen sind, sehr schwierig wird.

Für die Eltern war der Vortrag und die Aussprache von großem Wert, es ist nur zu bedauern, daß die Versammlung so schwach besucht war und die ganze Lehrlingsfrage überhaupt so wenig Beachtung findet.

Die Hilfe der Arbeitslosen durch die Gemeinden.

Nicht verständige Ausführungen über die Lage der Arbeitslosen machte der Oberbürgermeister von Neustadt, die zugleich die Schwere der Aufgabe, die den Gemeinden von Reichs wegen bereit ist, zu tun, die die Not der Arbeitslosen zu lindern. Er erklärte einer Kommission: Die Schwere der Arbeitslosen durch die Presse, die sie arbeitslos, müsse er auf das Entschiedenste zurückweisen. Die Notlage der Arbeitslosen verkenne er durchaus nicht. Es müsse den Arbeitslosen auf jeden Fall geholfen werden. Neustadt sei jedoch allein nicht in der Lage, da die Gewerkschaften für die Arbeitslosen eine einheitlich behandelte wird. Um den Kommunen eine Erleichterung der Arbeitslosenunterstützung unmöglich zu machen, habe die Regierung eine Verordnung erlassen, demzufolge den Kommunen, welche erhöhte Unterstützungsfälle gewähren, die Staats- und Reichsausschüsse gesperrt werden. Neustadt habe durch Finanzmaßnahmen der Notstandsarbeiten das denkbar möglichste getan, um die Arbeitslosigkeit einzuschränken. Am Sonnabend, den 4. Oktober, sei Schlussverhandlung in dieser Frage, beim Minister des Innern angesetzt. Sollte diese nicht den erhofften Ausgang nehmen, so wird Neustadt die Regelung der Arbeitslosenunterstützung allein vornehmen.

Die gesamten Forderungen werden zusammengefaßt und sollen denselben in Form einer Winterbeihilfe an die Arbeitslosen entsprochen werden.

Unzureichende Kohlenversorgung Berlins.

Die völlig unzureichende Versorgung Berlins mit Kohle wird durch eine Statistik der Kohlenwerke Groß-Berlins ziffermäßig nachgewiesen. Danach betragen die Beileitungsgänge für Hausbrandzwecke nach dem Gebiet des Kohlenverbandes Groß-Berlin in den Monaten August und September 1919 222 400 Tonnen gegenüber einem rationierten Bedarf von 400 000 Tonnen für zwei Monate. Die Fehlmengung beträgt demnach für die beiden Monate zusammen 107 600 Tonnen, also über 8 1/2 Millionen Zentner. An Schmelzholz kommen in den genannten Monaten für Hausbrandzwecke insgesamt ca. 64 400 Tonnen nach Groß-Berlin, gegenüber einem zweimonatlichen Kontingent von 100 000 Tonnen. Die Fehlmengung beträgt demnach 35 600 Tonnen.

Eine bessere Versorgung Berlins mit Kohle muß also mit allen geeigneten Mitteln angestrebt werden.

Unentgeltliche Verteilung von Gummisaugern. Englische philanthropische Kreise haben für deutsche Säuglinge eine beschränkte Menge Gummisauger unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Mütter, welche ein Kind von noch nicht 8 Monaten haben, können unter Vorlegung des Geburtscheines des betreffenden Kindes bei ihrem zuständigen Polizeirevier einen Bezugsschein auf einen Gummisauger erhalten. Die Gummisauger sind gegen

Mißgabe des Bezugsscheines und Cultivationsleistung in der auf dem Bezugsschein angegebenen Dr.-größe zu erhalten. Da nur eine beschränkte Menge Gummisauger zur Verfügung steht, wollen diejenigen Mütter, welche auf Grund ihrer Vermögensverhältnisse in der Lage sind, Gummisauger käuflich zu erwerben, den minder begüterten Müttern den Vortritt lassen.

Der neue Höchstpreis für Säughölzer beträgt für Inlands- und Auslandsbölder 1,30 M. für 10 Schachteln. Für Auslands-säughölzer dürfte also keine höheren Preise gefordert werden.

Ehemalige Kriegsgefangene! Donnerstag, den 9. Oktober, abends 7 Uhr, im Klubhaus, Chausstr. 2, Zusammenkunft aller ehemaligen 237er Gefangenen d. d. Ehemalige Kriegsgefangenen anderer Kompagnien willkommen.

Öffentliche Quittung.

Bei der Zentralkasse gingen in der Zeit vom 10. Juli bis 31. August 1919 folgende Beträge ein: Spremberg 87,04 M., Bremerhaven 881,28 M., Jena 220,50 M., Leipziger Volkszeitung 22,50 M., Freie Presse Jena 15 M., B. Derzog 30 M., Gannau 40,40 M., Sagan 41,12 M., Oberst. Volkszeitung 75 M., Sommerfeld 44,08 M., Kiel 2000 M., Hamburger Volkszeitung 100 M., Göt. Volksblatt 75 M., Tribüne Ronneburg 86 M., Volkszeitung Düsseldorf 107 M., Volksbote Jena 70 M., Volksblatt Halle 157 M., Tribüne Erfurt 107 M., Volksfreund Braunschweig 88 M., Republik Kiel 50 M., Volkszeitung für das Vogtland 107 M., Bergische Arbeiterstimme 50 M., Poins 50 M., Sagan 20 M., Gedda 352,50 M., Lugkisch 8,08 M., Volkstimme Schmalkalden 40 M., Jülicherdog 41 M., Spremberg 30 M., Freiheit Berlin 151 M., Lat. Wilhelmshafen 30 M., Gahen 33,40 M., F. J. J. 25 000 M., Halle 3005,28 M., Reichs 13,43 M., Soz. Stuttgart 15 M., Straußberg 22,70 M., Offenbach a. M. 37,50 M., Hof i. V. 110,50 M., Schmeinfurt 78,75 M., Bremen 449,44 M., Soz. Nürnberg 50 M., Bez. Schlesien 353 M., Württemberg 355 M., Raadeburg 706 M., Weiskalen 212 M., Solingen 75 M., Elbing 2124,81 M., Marih 4,10 M., Kottbus 80 M., Seb'ch 10 M., Mettmich 15 M., Leipziger Volkszeitung 200 M., Volksrecht Hannover 30 M., Braunschweig 424 M., R. V. 26,92 M., Von D. zurück 113,80 M., Dresden 1817,58 M., Hannemann 15,06 M., Republik Karlsruhe 20 M., Zeitung für Mark und Sauerland 50 M., Volkshilfe Elberfeld 60 M., Bremerhaven 215,75 M., Neuruppin 16,80 M., Jich 150 M., Weiskalen 6575,70 M., Karsten 35 M., Volkszeitung Magdeburg 86 M., Reichenbach i. R. 70 M., Reunier 10 M., Volkszeitung Dresden 30 M., Volkszeitung Pirna 40 M., Götlich 59 M., Crila 25 M., F. J. 2000 M., Halle 1825,56 M., Weich 15,18 M., Vühov 20,80 M., Ostschlesien 407,02 M., Leipziger Volkszeitung 227 M., Schwedt 10 M., Thürerich 25 M., Lautwerl 50 M., Weisow 30 M., Göbel 2,20 M., Graudenz 85,64 M., Altruppin 14,56 M., Pen 8 M., Wriegen 25 M., Gannau 30 M., Schönebeck 73,75 M., Heidemühl 20 M., Archaim 10,10 M., Hirtnerwalde 51,34 M., Baula 16,20 M., Döbern 20,78 M., Gr. Räschen 12,32 M., Stettin 221,25 M., Forst 100 M., Neuh. Tribüne 120 M., Schwöge 15 M., Senftenberg 100 M., Leipziger Volkszeitung 27,75 M., Döpler 4,20 M., Riebersheim 105,25 M., Mannheim 50 M., Ansburtz 73,75 M., Pafewok 12,32 M., Pommern 1099,79 M., Deigermühle 45,12 M., Richendorf 7,36 M., Schmölin 200 M., Brandenburg 490,07 M., M. M. 20 M., Soz. Nürnberg 50 M., Freiheit Berlin 100 M., Nürnberg 1229,12 M., Bremen 2822,66 M., Döbern 25 M., Braunschweiger Volksfreund 100 M., Schölsche Arbeiterzeitung 155 M., Langenlaga 38 M., Tribüne Erfurt 58 M., Volksblatt Göttha 50 M., Kroppen 47 M., Republik 9,44 M., Feih 10 M., Hamburger Volkszeitung 108 M., Volkszeitung für Pfanden 58 M., Volksw. Frankfurt a. M. 134 M., Volkszeitung Pirna 40 M., Plauen 252,50 M., Freiheit 30 M., Soz. Stuttgart 30 M.,

Volksw. Hannover 30 M., Republik Köln 89 M., Lat. Wilhelmshafen 30 M., Volkszeitung Düsseldorf 58 M., Thürerich 30 M., Müller 2,95 M., R. J. 78 000 M., Ludwigshafen 75 M., Solingen 73,75 M. Hermann Radtke.

NB. Es wird gebeten, auf dem Postfachsnitt anzugeben, wofür der eingekaufte Betrag bestimmt ist.

Lebensmittelkalendar.

Schneeberg. In der nächsten Woche: 150 Gr. Gruppen (87), 150 Gr. Halerlöcher (88); ferner 100 Gr. Margarine (17). Kocherle Suppen und Maisfabrikate freihändig.
 Spandau. Am Sonnabend 1. Okt. Parmelade auf Feld 318 M. Lebensmittelkarte. In einer großen Anzahl von Geschäften sind mit Teigwaren zu haben, und zwar 300 Gr. auf Feld 314 der Lebensmittelkarte und 500 Gr. auf Feld 77 der Jugendlichen-Karte. In Felder stellen an mit Sonnabend, den 4. Oktober, ihre Gültigkeit.
 Belg. Von Montag, den 6., bis Sonnabend, den 11. Oktober neue Eintragungen in die Kundenlisten der Fiklerischer. Näheres siehe in den öffentlichen Bekanntmachungen.
 Glienicke (Nordbahn). Von Freitag, den 10. Oktober ab: 500 Gr. Rubeln oder Julantkerchen; 250 Gr. ausl. Kartoffelstärke; 150 Gr. Reis; 150 Gr. Sago. Für weibende Mütter: 1500 Gr. Halerlöcher und 2 Pakete Reke; für stillende Mütter: 1000 Gr. Halerlöcher und 2 Pakete Reke; für Kinder im 1. Lebensjahre: 700 Gr. Halerlöcher und 2 Pakete Reke; für Kinder im 2. Lebensjahre: 500 Gr. Halerlöcher und 2 Pakete Reke; für Kranke, die im Besitze eines Reis oder Stärkekartoffelstarkes sind: 2 Pakete Reke; für Personen über 70 Jahre: 2 Pakete Reke. Anmeldung bis Mittwoch, den 8. Oktober.

Aus den Organisationen.

4. Distrikt. Am 6. Oktober, pünktlich 7 Uhr, Distrikt-Kommissionung in der Schulaula, Reichenderger, Ecke Forster Straße. Erscheinung der Funktionäre und Funktionärinnen unbedingt notwendig.
 11. Distrikt. Montag abend 7 Uhr im Lokal von Klumme, Jasmunder Straße 3, Funktionärkonferenz. Die Mitglieder der engsten Verwaltung treffen sich um 6 1/2 Uhr im selben Lokal.
 Charlottenburg. Montag, 6. Oktober, abends 7 Uhr, Funktionärung im Volkshaus, Köpenickerstr. 4.
 Zeitungskommission der Expedition Berner. Sonntag, den 6. Oktober, vorm. 9 1/2 Uhr, Sitzung bei Rätzsch, Braunsberger Straße 10.

Bereinstatender.

Stetsfeier und Berufsvereine! Sonntag vormittag 9 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in den Sophienläden, Sophienstr. 17/18.
 Maschinisten und Helfer. Sonntag vormittag 9 Uhr im Gemischtschulsaal außerordentliche Mitgliederversammlung.
 Arbeiterkreise der Kriegsorganisationen. Dienstag vormittag 9 Uhr Sitzung Hohndorfer Straße 22/1.
 Bund technischer Angestellten und Beamten. Ortsverein Wilmersdorf. Sonntag Besichtigung der Lehmbaracken-Bauten der Reichswehrsicherungsanstalt am Jochbeller Platz. Treffpunkt 11 Uhr vorm. auf der Treppe.
 Angestellte der Holz- und Möbelindustrie. Montag abend 7 1/2 Uhr öffentliche Versammlung in der Aula des königlichen Lyzeums, Greifswalder Straße 25. Erscheinen aller Angestellten ist unbedingt erforderlich.
 Zentralverband der Hageflechten. Bezirk Groß-Berlin. Tageswanderung Sonntag Trausberg-Bangelsberg. Abfahrt: Schönlager Bahnhof 7,05 Uhr früh.
 Freireisende Gemeinde. Sonntag vorm. 11 Uhr in der Klosterkirche, Klosterstr. 73a, Vortrag des Herrn Engelbert Graf: Von Paris bis Darwin. Geschichte des Entwicklungsgedankens. — Harmonien Hängel und Ortel (Dumpele). — Gute willkommen.
 Kreis jüdische Jugend Friedrichshagen. Sonntag abend 8 Uhr im Ränge! Kasino, Seestr. 45, Schulnachtsfeier. Eintritt 1 M.
 Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wietzmann. Neubrück Verlagsgesellschaft „Freiheit“, z. B. m. b. H. Berlin. — Druck: Vindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H. Schiffbauerdamm 10.

„Freiheit“ Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands.

Bei täglich zweimaligem Erscheinen 4,00 Mkt. frei Haus, durch die Post bezogen 4,00 Mkt., zuzüglich 65 Pf. Bestellgeld, per Streifenband für Deutschland 6,50 Mkt., fürs Ausland 7,50 Mkt., per Brief bezogen 12,50 Mkt.

Expeditionen befinden sich in Groß-Berlin:

- | | | | |
|--|---|--|--|
| Centrum:
Bacher, An der Fischerbrücke 2.
Nordost:
Max Dittler, Wrechter Str. 28.
Friedr. Giesecke, Panstr. 60.
Bachmann, Stargarder Str. 13.
Lohmann, Huisstr. 43.
Wuytz, Johannisstr. 9.
Nordwesten:
Franzen, Wilmersdorfer Str. 10.
Tharnseifer, Hübener Str. 11.
Wath, Alt-Moabit 128.
Nordosten:
Werner, Greifswalder Str. 22.
Goetze, Tredestr. 22.
Osten:
Wengels, Cobliner Str. 11.
Lode, Rathausstr. 23.
Südosten:
Sinner, Stalher Str. 101.
Westen:
Otto Döring, Steinmeßstr. 23.
Südwesten:
Girshner, Gütlicher Str. 92.
Süd:
Hachbarth, Widaelkrichstr. 2.
Schäfer, Weisenaustr. 70. | B. Sternliter:
Königin-Elisabeth-Str. 6b.
Oswald Lorenz, Wallstr. 63.
Südwest:
Wendt, Grünauer Str. 37.
Königstr.
Schubach, Kurze Str. 4.
Hallenberg, Alt-Glienicke:
Hoffmann, Vucuhener Str. 49.
Pflanzbau d. Neuhndorf:
Arasle, Wallstr. 28.
Friedrichsdorf:
Rechenberg.
Friedenau:
Petermann, Rheinstraße 28, Ecke Rönnebergstraße.
Friedrichsfelde:
Furmannski, Viktorienstr. 1.
Friedrichshagen:
Schwarz, Friedrichstr. 109.
Grünau:
Otto Pfeiffer, Köpenicker Str. 16111.
Friedrichsfelde:
Otto Richter, Ziegelstr. 3.
Friedrichsdorf:
Korbassinsky, Hauptstr. 8.
Friedrichsdorf:
Zimmermann, Steinmeßstr. 7.
Friedrichsdorf:
Schmidt, Kaiser-Wilhelm-Str. 12.
Friedrichsdorf:
Wrohmann, Schönlicher Str. 6.
Friedrichsdorf:
Radde, Berliner Str. 93.
Friedrichsdorf:
Rudolf, Moosstr. 18.
Kalkberge:
Gaedde, Kaiserstr. 18.
Kalkberge:
Gerhard, Auguste-Viktoria-Str. 55.
Friedrichsdorf:
Scholz, Gieseler Str. 30.
Friedrichsdorf:
Nöbke, siehe Wilmersdorf.
Adpenid:
Rebe, Rosenstr. 1. | Lichtenberg:
Reisewitz, Tasdorfer Str. 25.
Schulze, Paul, Eitelstr. 30.
Stimming, Oberstr. 4, ptr.
Friedrichsdorf:
Rag Wöhmann, Viktoriastr. 8 II.
Friedrichsdorf:
Schädel, Hindenburgdamm 84.
Friedrichsdorf:
Wengel, Zietzenstr. 15.
Friedrichsdorf:
Mertens, Wilhelmstr. 1.
Friedrichsdorf:
Goldbach, Wilmstr. 37c, siehe Köpenick M.
Friedrichsdorf:
Kommnick, Bergstr. 7.
Friedrichsdorf:
Greulich, Kirchstr. 27.
Friedrichsdorf:
Radow, Wolterstr. 30.
Friedrichsdorf:
Nauen:
Rieper, Lindenauweg 8.
Friedrichsdorf:
Partebureau, Redarstr. 3.
Friedrichsdorf:
Gronius, Riechstr. 23.
Friedrichsdorf:
Lofch, Kaiserweg 10.
Friedrichsdorf:
Kowand:
Lauisch, Vreierstr. 81.
Friedrichsdorf:
Raul, Bismarckstr. 20.
Friedrichsdorf:
Krause, Fischerstr. 6.
Friedrichsdorf:
Pankow:
Spielermann, Röhrenstr. 20.
Friedrichsdorf:
Verlag „Neue Welt“, Scherzstr. 2.
Friedrichsdorf:
Kalkberge:
Reichwisch, Finkenwalder Str. 30.
Friedrichsdorf:
Glamann, Schillingstr. 21.
Friedrichsdorf:
Hecht, Reichenstr. 129.
Friedrichsdorf:
Köpenick:
Weig, Germanenstr. 30. | Siemensstadt:
Kowolny, Wallstr. 13.
Friedrichsdorf:
Bernsee, Wilmersdorfer Str. 59.
Friedrichsdorf:
Senne, Lankestr. 2.
Friedrichsdorf:
Böfel, Finkenwinkel 10.
Friedrichsdorf:
Ost:
Straußberg-Stadt:
Gier, Jungferstr. 5.
Friedrichsdorf:
Schlanert, Lindenauer Str. 34.
Friedrichsdorf:
D. Dietrich, Tuncowstr. 108.
Friedrichsdorf:
Doerwald u. Drews, Weigter Str. 27.
Friedrichsdorf:
Schönicker:
Thiemig, Bungeleweg 47.
Friedrichsdorf:
Pottkoff, Bahnhöfstr. 18.
Friedrichsdorf:
Tellow:
Häsel, Röhndorfer Str. 37.
Friedrichsdorf:
Tempelhof:
Watsch, Wrederstr. 30.
Friedrichsdorf:
Kosow, Oberlandstr. 4.
Friedrichsdorf:
Wetzow:
Weich, Riechstr. 21.
Friedrichsdorf:
Wolke, Quisenstr. 40.
Friedrichsdorf:
Waldmannstr.
Graf Eng, Wilmersdorfer Str. 12.
Friedrichsdorf:
Wilmersdorf:
Schulze.
Friedrichsdorf:
Wilmersdorf:
Nöbke, Schwarzloppstr. 37.
Friedrichsdorf:
Wolter, Langhansstr. 119.
Friedrichsdorf:
Wilmersdorf:
Zimmermann, Teitstr. 70.
Friedrichsdorf:
Wilmersdorf:
Rehler, Hindenburgstr. 34.
Friedrichsdorf:
Wegener, Annahr. 10.
Friedrichsdorf:
Köpenick:
Ralis, Kaiser-Wilhelm-Str. 30. |
|--|---|--|--|